

# Saar-Freund

Nachrichten aus dem  
abgetrennten  
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt  
des  
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 7 • 7. Jahrgang

Berlin, 1. April 1926



## Deutsche Ostern an der Saar / 1926.

Von Alb. Zühlke.

Von unsern Bergen lacht des Frühlings Leuchten,  
Doch Saarlands Leid grüßt noch kein wärmend  
Licht,

Und wehmutskrank will sich das Auge feuchten  
Nach deutscher Bruderhand, so treu und schlicht.

Erscheinst du, Ostersonne, strahlend wieder  
Erlösung kündend, endend uns're Qual? —  
Dem Friedensfürsten klingen Siegeslieder,  
Doch kalter Nebel bannt noch unser Tal.

Der Welschen Neid und Haß sind stumpfe Waffen,  
Was man an harter Fron auch uns ersinnt,  
Gott hat der Saar ein Kämpferherz geschaffen,  
Und Nachtgelüst vor Mut und Recht zerrinnt.

Den Sinn gestählt, das Auge klar und offen,  
Die Ehre ruft! Schon sproßt die neue Saat,  
Es weicht die Nacht, uns trägt ein Osterhoffen:  
Wir sprengen doch das Grab durch deutsche Tat!

Wie heil'gen Ostergruß laßt's hell erklingen:  
„Den Brüdern Heil, dem Reiche Aufersteh'n!  
Die Saar läßt sich nicht niederzwingen,  
Der Freiheit Stunde kommt: Auf Wiederseh'n!“

## Präsident Stephens.

Am Tage nach dem Aufliegen der Völkerbundstagung, die sich mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund befaßt hatte, trat der Völkerbundsrat in Genf zu einer ordentlichen Tagung zusammen, um die bis dahin im wesentlichen unerledigte Tagesordnung zu Ende zu führen. Bekanntlich wies diese insgesamt 29 Punkte auf, darunter standen an 14. Stelle verschiedene Saarfragen. Zur Behandlung der Saarfragen hatte sich Herr Rault gleich zu Beginn der Genfer Beratungen an den Sitz des Völkerbundes begeben, um selbst sein Rücktrittsgesuch einzureichen. Das war lediglich eine Formsache, da über das Ausscheiden Raults aus der Saarregierung bereits im vorigen Jahre ein bindender Beschluß gefaßt worden war, und da sich in den noch immer sehr beliebten Geheimbesprechungen Briand und Chamberlain sowohl über den Rücktritt Raults wie über seinen Nachfolger geeinigt hatten. Aus dem Saargebiet waren ferner eine Delegation der Zentrumspartei und der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, eine weitere sozialdemokratische Delegation und erstmalig auch mehrere Pressevertreter aus dem Saargebiet erschienen. Für die saarländischen Vertreter ergab sich wiederholt willkommene

Gelegenheit, mit der deutschen Delegation in Verbindung zu treten, so daß über die Wünsche der Saargebietsbevölkerung keinerlei Mißverständnisse bestanden. Wir sind im einzelnen nicht darüber unterrichtet, ob von saardeutscher Seite die Kandidatur Stephens als Präsident gutgeheißen worden ist. Auf jeden Fall wurde sie von sozialdemokratischer Seite abgelehnt; aber auch in anderen politischen Kreisen des Saargebiets verhält man sich Herrn Stephens gegenüber zurückhaltend. Abgesehen aber von parteipolitischen Gegensätzlichkeiten, die uns hier gar nicht interessieren, haben wir bereits in unserer letzten Nummer festgestellt, daß unter den obwaltenden Verhältnissen der neuernannte Präsident der Saarregierung unter allen Umständen eine Kompromißkandidatur französisch-englischer Vereinbarung ist.

Es überrascht somit nicht, daß die Wahl des Völkerbundsrates auf Herrn Stephens gefallen ist, der mit dem 1. April der Saarregierung als Präsident vorsteht. Wir nehmen der Persönlichkeit des Herrn Stephens gegenüber zunächst eine völlig abwartende Haltung ein und stellen lediglich die Tatsache fest, daß er seine Ernennung



lediglich französisch-englischen Geheimabmachungen verdankt. Herr Stephens wird selbst der Auffassung sein, daß es nach 6jähriger französischer Präsidentschaft zweckmäßig gewesen wäre, wenn sich der Geist von Locarno im Saargebiet nunmehr in Gestalt eines wirklich neutralen Präsidenten vorgestellt hätte. Ob Herr Stephens diese wirklich neutrale und gerechte Persönlichkeit ist und sein will, das wird Herr Stephens erst durch die Tat beweisen können. Ihn hat der Völkerbundsrat auf Grund des französisch-englischen Vorschlages an die Stelle Herrn Kaults gesetzt, er selbst hat sicherlich nichts dazu getan, dieses gewiß nicht leichte Erbe anzutreten. Vielleicht ist auch Herr Kault froh, von einer Bürde befreit zu sein, die durch den Doppelauftrag vom Völkerbund und von Frankreich nicht leichter geworden ist. An Herrn Stephens wird es allein liegen, durch seine Maßnahmen, durch seine Regierungsweise sich das Vertrauen der Bevölkerung zu verdienen, sich den Ruf eines unparteiischen Beauftragten des Völkerbundes zu erringen.

Man wird es uns nicht verdenken können, wenn wir den Beschlüssen des Völkerbundsrates nach wie vor skeptisch gegenüber stehen. Gerade das Saargebiet hat allen Grund, dem Völkerbund zu mißtrauen, nachdem ihm bisher nicht ein einziges Mal das Recht eingeräumt worden ist, wenigstens einen ganz kleinen Anteil an der Gestaltung der Geschichte des Saargebiets zu nehmen. Die alliierten und assoziierten Mächte, die in Versailles das Saarstatut schmiedeten, haben, wie sich aus der späteren Anwendung dieser Bestimmungen durch die von ihnen ernannte Saarregierungscommission ergab, diesem eine Auslegung gegeben, die wenig von dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechts erkennen läßt. Nur zu deutlich hat die 6jährige Verwaltungstätigkeit des Herrn Kault bewiesen, daß sie darauf eingestellt war, das Saargebiet für die französische Annexion reif zu machen. Der Völkerbund hat diese Bestrebungen dadurch unterstützt, daß er Herrn Kault nicht an seine Pflichten erinnerte. Diese hat der Völkerbundsrat in seiner Sitzung vom 13. Februar 1920 selbst dahin knapp und eindeutig zusammengefaßt:

„Die Regierungskommission hat keine andern Aufgaben und Interessen, als das Wohlergehen der Bevölkerung des Saarbeckengebiets.“

Dieser Anweisung sind mehrfache Erklärungen der alliierten und assoziierten Mächte vorausgegangen, in welchen sie zusichern und erklären:

„Das Gebiet wird nicht unter die Souveränität Frankreichs gestellt, sondern unter die Kontrolle des Völkerbundes.“ (Mantelnote der Alliierten vom 16. Juni 1919).

„Die Regierungskommission ist nicht der französischen Regierung, sondern dem Völkerbund verantwortlich.“ (Antwort der Alliierten an die deutsche Delegation vom 16. Juni 1919).

„Die alliierten und assoziierten Regierungen haben die größte Sorgfalt darauf verwandt, den Bewohnern des Gebietes selbst jeden nationalen und moralischen Schaden zu ersparen. Ihre Interessen sind in jeder Hinsicht sorgfältig beachtet worden und ihre Rechtslage wird verbessert werden . . . Die Kommission wird gehalten sein, die Ansicht der gewählten Vertreter des Gebietes zu hören, bevor sie zu irgendeiner Gesetzesordnung oder zur Erhebung einer neuen Steuer schreitet.“ (Antwort der Alliierten an die deutsche Delegation vom 16. Juni 1919).

„Die Einwohner behalten ihre örtlichen Vertretungen, ihre religiösen Freiheiten, ihre Schulen und den Gebrauch ihrer Sprache.“ (Antwort der Alliierten an die deutsche Delegation vom 16. Juni 1919).

Dem neuen Präsidenten der Saarregierung werden alle diese Bestimmungen, Erklärungen und Zusicherungen der damals Alliierten und jetzigen Völkerbundshauptmächte nicht unbekannt sein. Dennoch empfehlen wir ihm, der bisher lediglich diese Bestimmungen in der Auslegung des Herrn Kault in Anwendung bringen durfte, sie sich nochmals sorgfältig durchzulesen, und ihnen den Geist einzuhauchen, der in Locarno neu geboren worden sein soll, und in Genf seine, wenn auch leider mißglückte Lausche erhielt. Wir wissen ganz genau, daß Herrn Stephens schwere Auf-

gaben im Saargebiet harren. Die Lage des Saargebiets ist besonders in wirtschaftlicher Beziehung keine günstige, sie ist besonders schwierig geworden durch die von Herrn Kault erzwungene Einführung der französischen Währung, durch die hemmungslos durchgeführte Zollabschnürung von Deutschland. Herr Stephens hat bisher die Finanzen des Landes verwaltet. Er hat also genauen Einblick in die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Saargebiets, das jetzt seiner besonderen Fürsorge unterstellt ist. Er kennt vor allem die steuerlichen Verhältnisse und weiß, daß der Hauptunternehmer des Landes, nämlich der französische Grubenfiskus, auf Kosten der Bevölkerung, vor allem der Arbeiterschaft steuerlich in einer Weise geschont wird, das man den Verdacht bewußter Korruptionspolitik nicht los wird. Mit Locarnogeist und Forderung der Gerechtigkeit hat diese Steuerwirtschaft jedenfalls nichts zu tun. Herr Stephens kennt weiter die verschiedenen bereits öffentlich erörterten Korruptionsherde in der Saarverwaltung, kennt die Ursachen, die bisher ein korrektes Verhältnis zwischen Saargebietsbevölkerung und Saarregierung nicht aufkommen ließen.

Weil Präsident Stephens alles das kennt, alles mit erlebt hat, was den Völkerbundsgeanken ertötete, zum mindesten trübte, deshalb ist die Aufgabe, die seiner wartet, einesteils recht schwer, zum anderen wiederum leicht, wenn er den Willen hierzu hat. Aber nicht nur die Fehler und Mißgriffe der Vergangenheit sind es, die seine Arbeit schwierig gestalten. Hemmungen werden ihm bei der Durchführung seiner Treuhändertätigkeit innerhalb der Saarregierung selbst erwachsen. Der Völkerbundsrat hat in seiner Sitzung vom 18. März zum französischen Mitglied der Saarregierung den bisherigen Generalsekretär der Regierungskommission, Herrn Morize ernannt. Herr Morize war die rechte Hand Herrn Kaults, Herr Morize galt als Vertrauensmann jener französischen Saarpolitiker, die mit besonderer Nachdrücklichkeit die französische Propaganda im Saargebiet unterstützten. Herr Morize war derjenige, der die politischen Richtlinien des Herrn Kault in die Tat umsetzte, der die Maßnahmen formulierte, die in all diesen 6 Jahren hindurch immer wieder Anlaß zur Kritik, zum Protest, zur Abwehr gaben. Wie wir bereits in unserer letzten Nummer mitteilten, hatte sich das „Echo de Paris“ sehr ernsthaft und eingehend mit der Frage befaßt, ob nach dem Ausscheiden Kaults das neuwählende französische Saarregierungsmitglied die Leitung der französischen Propaganda im Saargebiet übernehmen könne. Das Blatt verlangte, daß der französische Delegierte denjenigen freie Hand läßt, die sich mit der Organisation dieser Propaganda beschäftigen wollen. Zwischen den Zeilen dieser Ausführungen war zu lesen, daß Herr Morize bisher diejenige Persönlichkeit war, die die Leitung der französischen Propaganda im Saargebiet in der Hand hatte. Aus zahlreichen Vorkommnissen wußte man das im Saargebiet seit langem. Präsident Stephens wird daher sehr ernsthaft zu prüfen haben, ob er gewillt ist, Herrn Morize, der jetzt das französische Mitglied in der Saarregierung geworden ist, weiterhin diese nebenamtliche Betätigung als französischer Propagandaleiter — die ihm vielleicht als Hauptaufgabe galt — gestatten darf.

Der Völkerbundsrat hat weiter zu Mitgliedern der Saarregierung ernannt den Belgier Lambert, der trotz seiner Rücktrittsdrohung im Saargebiet bleibt und für Vorzugstarife für die französische Saarkohle auf den Saareisenbahnen sorgen wird, und den Tschechen Dr. Bezensky, dem unter anderem das saarländische Schulwesen untersteht. Herr Stephens steht sich also in seinem Fünfmänner-Kollegium drei französischen bzw. frankophilen Mitgliedern gegenüber, denen gegenüber er mit Herrn Kohnmann als saarländisches Mitglied in der Minderheit bleibt.

Eine sehr wichtige Frage, die zu lösen die erste Aufgabe des Präsidenten Stephens sein wird, ist die der Arbeitsverteilung innerhalb der Regierungskommission. Wie bereits erwähnt, hatte Herr Stephens bisher die Steuern, Finanzen und Forsten des Saargebiets zu verwalten. Herr Kault hatte sämtliche



Refforts an sich gerissen, die irgend eine politische Einflußnahme auf die Bevölkerung zuließen. Es besteht die Gefahr, daß bei der Abrede, die zwischen Briand und Chamberlain in der Saarfrage stattgefunden hat, dem französischen Saarregierungsmitglied ein großer Teil jener Refforts vorbehalten worden ist, die bisher Herr Rault verwaltete. Man wird sicher hierfür die Begründung angeführt haben, daß Herr Morize als Generalsekretär der Saarregierung und rechte Hand des Herrn Rault diese Refforts besonders gut beherrscht. Es ist leider zu befürchten, daß Herr Stephens sich in London Chamberlain gegenüber hat verpflichten müssen, dem französischen Wunsch nachzukommen, so daß er zu seinem Finanzreffort vielleicht nur noch einige geringere übernimmt, während der Hauptteil der Verwaltungsarbeit des Herrn Rault Herrn Morize übertragen wird. An der Regelung dieser Frage wird man bereits erkennen, ob Herr Stephens seine Präsidentenaufgaben nach freiem unbeeinflusstem Ermessen oder auf Grund von Instruktionen, die er von Herrn Chamberlain erhalten hat, erfüllen will.

Unsere Ausführungen zur Wahl des Herrn Stephens als Saarpräsidenten sind vielleicht nicht so gehalten, daß sie als Begrüßungsworte für Herrn Stephens angesehen werden. Das wird man uns nachsehen müssen. Wir haben in den sechs Jahren Raultscher Saarverwaltung zu bitteren Erfahrungen machen müssen, als daß wir auf Grund der Neugestaltung der Personalverhältnisse in der Saarregierung uns sofort zu einem rosenroten Optimismus bekennen könnten. Wir bringen Herrn Stephens alles Vertrauen entgegen, und erhoffen von ihm, daß er, wie sein Landsmann Waugh sich als freier Kanadier trotz der Raultschen

Schule sein Rechtsempfinden und seinen Rechtswillen bewahrt hat. Es ist gewiß schon ein Fortschritt, daß der neue Präsident sich mit der Bevölkerung, deren Wohlfahrt und Rechte er sichern soll, in ihrer Muttersprache verständigen kann. Er hat bei den Gelegenheiten, die ihm Herr Rault zur Unterhaltung mit der Landesbevölkerung ließ, bewiesen, daß er sehr wohl weiß, wo ihr der Schuh drückt. Herr Stephens ist sich völlig klar darüber, daß er es mit einer Bevölkerung zu tun hat, die stolz und treu zu ihrem Deutschtum und zu ihrem deutschen Vaterlande steht. Daß er als Land- und Volksfremder ihr als Verwaltungsorgan des Völkerbundes vorgelegt wurde, ist nicht seine Schuld, wie auch Herr Stephens nichts mit dem Zustandekommen des Saarstatuts zu tun hat. Gerade weil ihm dieses Statut weitgehende Rechte zugestanden hat, gerade deshalb wird es bei ihm liegen, welchen Gebrauch er von diesen Rechten machen wird. Ihm ist es in die Hand gegeben, den Völkerbundsgedanken im Saargebiet neu zu stärken und den Beweis dafür zu erbringen, daß der Völkerbund nicht eine Organisation der Siegerstaaten sein will und sein soll, sondern eine Völkerorganisation zur Sicherung des Friedens, zur Förderung der Versöhnung, zum Schutze des Rechts.

Nun, Herr Stephens, Ihr Weg ist frei, Sie können dem Frieden, der Versöhnung und der Gerechtigkeit dienen. Ihre Schuld müßte es sein, wenn die Bevölkerung an Ihnen eine gleiche Enttäuschung erlebte wie an Herrn Rault. Beweisen Sie, wes Geistes Kind der Völkerbund ist!

## Der Präsidentschaftswechsel an der Saar.

### Die „neue“ Saarregierung.

(Von unserem Saarlouiser R.-T.-Mitarbeiter.)

Der Rat des Völkerbundes hat in seiner Sitzung vom 18. März u. a. auch die auf der Tagesordnung stehenden Saarfragen behandelt und dabei die erwartete Ernennung des Herrn Stephens zum Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes vorgenommen. Als französisches Mitglied wurde der bisherige Generalsekretär des ausscheidenden Präsidenten Rault, Morize, ernannt. Die übrigen drei Mitglieder sind wiedergewählt worden, so daß sich die Regierungskommission folgendermaßen zusammensetzt:

Präsident: Stephens = Kanada,  
Minister: Morize = Frankreich,  
" Kossman = Saargebiet,  
" Lambert = Belgien,  
" Bezensky = Tschechoslowakei.

Bei der genaueren Betrachtung der Zusammenziehung der jetzigen Regierungskommission zeigt sich, daß eine grundlegende Aenderung nicht vorliegt. Wesentlich ist nur, daß Frankreich nicht mehr den Präsidenten stellt. Offenbar war aber der Rat des Völkerbundes bestrebt, den Franzosen den Wechsel in der Präsidentschaft so erträglich wie möglich zu machen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde wurde wohl Herr Morize, der nebenbei bemerkt ein Neffe des ausscheidenden Präsidenten Rault und ein besonders scharfer Vertreter der französischen Saarpläne ist, in die Regierungskommission gewählt. Auch die Wiederernennung des Herrn Bezensky und namentlich des Herrn Lambert entspricht ganz bestimmt den Wünschen der französischen Regierung. Nach Lage der Verhältnisse wird Frankreich sich daher in berechtigter Weise auf keinen Fall über die Umgestaltung der Saarregierung beschweren können. Tatsächlich findet man in der französischen Presse in dieser Beziehung auch kaum eine Kritik der Genfer Beschlüsse. Dies läßt den Schluß ziehen, daß man in Frankreich damit rechnet, daß die französischen Saarpläne durch die neue Regierungskommission nicht ernstlich gefährdet sind. Wahrscheinlich wird man die Methode wechseln. An eine Aufgabe des Zieles aber wird man nicht denken. Auf keinen Fall liegt infolgedessen Grund zu der Annahme vor, daß nunmehr alles anders werde an der Saar.

Gewiß, Herr Stephens kennt die Mißstände und weiß aus eigener Erfahrung, welch großes Unrecht der Bevölkerung des Saargebietes durch seinen Vorgänger auf allen Gebieten angetan worden ist. Wird er eine Aenderung herbeiführen können, wird er wieder gut machen, was noch gut zu machen möglich ist? An seinem guten Willen zweifelt man hier durchweg nicht. Herr Stephens wird von der Bevölkerung ohne Argwohn als Präsident aufgenommen. Es soll jedoch nicht verschwiegen werden, daß man nicht überall volles Vertrauen zu seinem Willen und mehr noch zu seinem Können hat. Seine Aufgabe ist es, durch die Tat zu beweisen, daß er unbedingtes Vertrauen verdient. Nicht wenige sind von Sorge darüber erfüllt, ob Herr Stephens der Mann ist, der sich durchzusetzen versteht. Leicht wird dies keineswegs sein. Zunächst wird er mit französischen Ränkepielen aller Art zu rechnen haben und Herrn Morize als einen Gegenspieler ansehen müssen, der kaum ernst genug zu nehmen ist. Als langjähriger Generalsekretär und enger Vertrauter des Herrn Rault kennt er die Verhältnisse an der Saar sehr genau. Auch wird er bei dem Zustandekommen vieler Maßnahmen, die die Bevölkerung so sehr benachteiligen, keine geringe Rolle gespielt haben. Dabei ist er sehr klug und ein besonders zielbewusster Politiker. Ohne Zweifel wird er auch bestrebt sein, für Frankreich so viel wie nur möglich zu retten. Hierbei dürfte er auch kaum allein stehen; denn in der Zusammenziehung der Regierungskommission hat sich, wie bereits bemerkt, eigentlich bitter wenig geändert, und es ist daher zu befürchten, daß Herr Stephens und das saarländische Mitglied von den Vertretern Frankreichs, Belgiens und der Tschechoslowakei zugunsten Frankreichs überstimmt werden. Daß eine solche Befürchtung leider sehr berechtigt ist, lehrt ein Blick in die Vergangenheit und liegt auch in dem gegenwärtigen Verhältnis dieser Staaten zu Frankreich begründet.

Hinzu kommt noch, daß Herr Stephens seit Jahren in der Regierungskommission sitzt und insbesondere auf dem Gebiete der Steuerpolitik Wege mitgegangen ist, die unbedingt verlassen werden müssen. Ob es für ihn leicht sein wird, jetzt einen anderen Kurs einzuschlagen, nachdem er Präsident geworden ist, erscheint vielen Kennern seiner Person und der Verhältnisse immerhin zweifelhaft. Wenn er sich durchsetzen will, muß er vor allem den Mut aufbringen, Frankreichs Maßnahmen zurückzuweisen. Das ist er sich selber, seinem



Ämte und namentlich der Saarbevölkerung gegenüber schuldig. Bessere wird nichts von ihm verlangen, was nicht mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages vereinbar ist. Sie erwartet von ihm aber bestimmt, daß er sich restlos für die Erfüllung dessen einsetzt, was in diesem Vertrag zu ihrem Schutze festgelegt wurde. Tut er das; dann wird er jederzeit auf die loyale Mitarbeit der Bevölkerung rechnen können.

### Rücktritt des Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes.

Mit dem 1. April — es ist kein Aprilscherz — scheidet ein Mann aus der leitenden Stelle der aus 5 Mitgliedern bestehenden, vom Rat des Völkerbundes alljährlich zu ernennenden Regierungskommission des Saargebietes, der eigentlich dieses Amt nie hätte bekleiden dürfen; denn er eignete sich dafür ganz und gar nicht. Schon allein der Umstand, daß er die deutsche Sprache weder in Wort noch in Schrift beherrscht, die Bevölkerung jedoch nur deutsch spricht, war ein großes Hindernis für ein gedeihliches Zusammenarbeiten. Hinzu kam, daß Herr Rault von Anfang an sich bei seinem ganzen Tun und Lassen immer vom französischen Interesse leiten ließ. Obwohl er nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages in erster Linie für die Rechte und das Wohl der Bevölkerung besorgt sein sollte, betrachtete er sich ganz und gar als Parteivertreter Frankreichs. Diesem zur Liebe duldete und unterstützte er offen und geheim alle Bestrebungen und Maßnahmen, die auf eine Verwelschung des rein deutschen Saargebietes hingen. So hat er z. B. bis auf den heutigen Tag französisches Militär im Saargebiet behalten, obwohl das Saarstatut ausdrücklich bestimmt, daß sich dort keinerlei Militär aufhalten darf. Aber nicht nur das. Herr Rault war auch durchweg geneigt, sich den französischen Generalen unterzuordnen, und zwar in einem Umfange, daß fast allgemein die Ansicht herrschte, nicht er, sondern die Militärs seien die wirklich Regierenden. Jahrelang duldete und unterstützte er auch den Leiter der französischen Propaganda im Saargebiet, den Major Richert, der es verstand, alle Fäden in seine Hand zu bekommen und der zu einer Machtposition gelangte, die für den Präsidenten unerträglich hätte sein müssen, wenn er wirklich darauf bedacht gewesen wäre, selber zu regieren. Herr Rault aber billigte nicht nur jede Maßnahme der Militärs und Richerts, sondern ließ sich in eine Lage bringen, die mit der Würde eines Präsidenten, und vor allem mit einer gerechten und unparteilichen Ausübung des ihm anvertrauten Amtes gänzlich unvereinbar war. Er war eben nur ein getreuer Handlanger der französischen Regierung und der Militärs, ließ letztere zeitweise schalten und walten wie es ihnen beliebte, deckte ihre Verhaftungen, Mißhandlungen, Ausweisungen, Kriegsgerichtsurteile, Zeitungsverbote usw. Es genügte Herrn Rault, ganz offensichtlich, Frankreich dienen zu können.

In wirtschaftlichen Dingen war für ihn die französische Verwaltung der Saargruben richtungsgebend. Herr Rault suchte Frankreich nicht nur politisch und kulturell Dienste zu leisten, sondern er war auch stets bestrebt, seinem Staate und seinen Landsleuten wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen, ohne Rücksicht, ob dadurch das Saargebiet benachteiligt wurde. Stets schlug er sich bei Begutachtungen und Entscheidungen auf die Seite Frankreichs, z. B. in der Währungsfrage, bei der Kohlensteuer, der Ein- und Ausfuhrregelung usw. Dabei ging er soweit, daß ihm erst in den letzten Tagen noch die „Saarbrücker Landeszeitung“ nachweisen konnte, daß er sich zum Nachteil des Saargebietes für einen französischen Spritschieber eingesetzt hatte, ein Vorwurf, der ihm schon vor einem Jahre von dem genannten Blatte gemacht wurde, ohne daß gegen dieses die damals angekündigte Klage erhoben worden ist. Es handelt sich hierbei um erlassene Steuern und sonstige steuerliche Begünstigungen im Betrage von etwa 5 Millionen Franken zum Schaden des saarländischen Steuerfiskus.

Herr Rault übernahm neben der Präsidentschaft von Anfang an auch die Leitung der Abteilung des Innern. Fast restlos wurden alle wichtigen Stellen der verschiedensten Abteilungen mit Franzosen oder Franzosenfreunden besetzt. Dabei kam es mehrfach zu Mißgriffen schwerster Art, so daß es an großen Skandalen nicht gefehlt hat. Wie weit hierbei von einer Mitschuld des Präsidenten geredet werden kann, mag dahingestellt bleiben. Ihm persönlich wird man am weitgehendsten

Maße mildernde Umstände zubilligen können; er war eben nur ein Werkzeug der französischen Regierung, die systematisch versuchte, ihr durch den Versailler Vertrag nicht erreichtes Ziel — das Saargebiet ganz in französischen Besitz zu bringen — auf Umwegen zu verwirklichen. Frankreich glaubte längere Zeit an eine solche Möglichkeit. Planmäßig wurde versucht, alle Beziehungen zwischen dem Saargebiet und Deutschland zu zerstören und kaum ein Mittel, das bei Kolonialvölkern in Anwendung gebracht wird, blieb im Saargebiet unversucht.

Daß das die rein deutsche Bevölkerung sich auf die Dauer nicht ruhig gefallen ließ, ist eigentlich selbstverständlich. Sie verhielt sich der Regierungskommission und ihrem Präsidenten gegenüber zunächst völlig loyal und war stets bereit, im Interesse der Heimat, mitzuarbeiten. Als sie aber sah, daß ihr auch die wenigen im Versailler Vertrag festgelegten Rechte geschnitten bzw. ganz genommen werden sollten, und besonders der Präsident der Regierungskommission ganz einseitig auf einen Anschluß des Saargebietes an Frankreich hinarbeitete, wurden die Anklagen immer lauter, und Vertreter aller Parteien fuhren wiederholt zu den Tagungen des Völkerbundes, um sich zu beschweren. Die gesamte deutsche Presse an der Saar sah sich veranlaßt, die Regierungskommission, und vornehmlich ihren Präsidenten, immer stärker anzugreifen. Durch zahlreiche Eingaben der führenden Kreise auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet wurden die Verfehlungen der Regierungskommission nachgewiesen. Mehrfach sah sich auch die deutsche Reichsregierung veranlaßt, sich über Maßnahmen und das Verhalten der Regierungskommission beschwerdeführend an den Völkerbund zu wenden, der sich in fast allen seinen Sitzungen mit Beschwerden gegen die von ihm ernannte Saarregierung beschäftigten mußte. Seit Jahren wurde auch von sämtlichen deutschen Parteien des Saargebietes die Entfernung Raults und die Besetzung der Präsidentschaft mit einem Nichtfranzosen öffentlich gefordert. Bis 1925 jedoch vergeblich. Obwohl Frankreich keinerlei bevorrechtigten Anspruch auf den Präsidentenposten hat, wurden seine diesbezüglichen Wünsche bisher stets berücksichtigt.

Mit der Zeit wurde aber auch das Ausland in zunehmendem Maße auf die Mißstände an der Saar aufmerksam und die Ansicht, daß hier eine Aenderung herbeigeführt werden mußte, wenn nicht der Völkerbund selber sich schwer kompromittieren wollte, wurde schließlich so stark, daß sich die Ratsmitglieder in ihrer Mehrheit bei der vorjährigen Wahl der Regierungskommission dahin einig wurden, daß 1926 kein Franzose wieder zum Präsidenten gewählt werden solle. Frankreich suchte dem entgegenzuarbeiten, hatte aber damit keinen Erfolg. Hinzu kam, daß man auch in Frankreich einsehen mußte, daß die Bevölkerung des Saargebietes sich nicht verwelschen läßt, und fester als je zum Deutschtum hält. Frankreichs und Raults Methoden haben nicht den erhofften Erfolg gebracht. Und so kam es zum Rücktritt Raults. Seine Tätigkeit hat den Franzosen kaum genügt, den Völkerbund stark in Mißkredit gebracht und dem Saargebiet ungeheuer geschadet.

Was erwartet man im Saargebiet nun von seinem Nachfolger? Gerechtigkeit, unparteiliche Ausübung seines Amtes. Nichts, was mit dem Versailler Vertrage unvereinbar ist. Aber es ist viel, sehr viel wieder gutzumachen. Die Bevorzugung Frankreichs muß aufhören, nicht weiter darf französisches Militär an der Saar geduldet werden, fortfallen muß auch der Druck auf die Eltern deutscher Kinder zugunsten des Besuches der französischen Schulen, aufhören muß die französische Propaganda auf politischem und kulturellem Gebiet, verlangt wird Schutz der saarländischen Wirtschaft, Gleichstellung der Arbeiterschaft mit der deutschen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht und auf dem Gebiete des Arbeiterrechts, die Besetzung wichtiger Regierungsstellen mit deutschen Beamten, und vor allem gänzliches Aufhören der Unterdrückung deutscher Kultur und deutscher Lebensart.

Alles das ist eigentlich selbstverständlich. Aber nach den bisherigen Erfahrungen muß es betont werden. Die Bevölkerung an der Saar ist friedlich und arbeitsam. Sie wird sich mit den durch den Versailler Vertrag bestimmten Verhältnissen bis zur Abstimmung abfinden, so schwer es ihr auch wird. Einmütig verlangt sie jedoch, daß man sie als Deutsche leben und arbeiten läßt, ihre Eigenart respektiert, und ihr das durch das Diktat von Versailles aufgezwungene harte Los nicht erschwert, sondern so erträglich wie möglich zu machen bestrebt ist.



## Saarländischer Abschiedsgruß an Kault.

Ein Saarbrücker Stimmungsbild.

Das Saargebiet, nach englischer Auffassung „ein Gefahrenzentrum für Europa“, atmet nach der letzten Genfer Tagung des Völkerbundes heute auf. Von hinten weicht „eine Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft“. Der Gegner jedes versöhnlichen Regimes, der Poincarist Victor Kault, geht und mit ihm, so hoffen wir, der uns so wesensfremde Trippelschritt.

Zunächst: Fällt der Herzog, muß der Mantel mit! Neben anderen westlich Orientierten ist auch Kotton, durch die rauhe Wirklichkeit aufgeschreckt, von dem berausenden Traum der Bischofsmütze, Ring und Hirtenstab erwacht und geheilt. Er ist in niedergedrückter Stimmung und wird sich nach den letzten Prozessen, die ihn arg zerzausten, der Erkenntnis nicht mehr verschließen können, daß die Füße derer, die ihn hinaus-tragen, schon vor der Tür stehen. Und noch mancher Französling wird mit ihm die Koffer packen und den Staub von den Füßen des ihm nunmehr ungastlich gewordenen Landes schütteln. Die Ratten verlassen das Schiff, von dessen Frachtgut sie so wohl-gefällig und in süßem Nichtstun leben durften. Seltsame Erscheinungen beleben die Gemüter und reizen zur Satire. So finden sich nach Jahren an manchem Stammtisch Gäste ein, abgerissene Fäden neu zu spinnen und für den westlichen Fehltritt um gut Wetter anzuhaken. Es geschieht wohl in Erinnerung des Bibelwortes: „Es wird mehr Freude im Himmel sein über einen Sünder, der Buße tut, denn über 99 Gerechte.“ Bei vaterländischen Vereinen bemühen sich gegenwärtig viele der wurzellosen Gestalten um Aufnahme, um so in sichere Deckung zu schlüpfen. Der „Saarbund“ ist dahin, sein Häuptling und Schutzherr, der ehemalige Grubensteiger, sodann durch die Franzosen Grubenbesitzer von Reiskewiler, der üble Reinhardt, bankerott. Seine prächtige Villa auf dem Triller steht zum Verkauf. Böse Zeiten für die Außenseiter sind herausgezogen. Für manchen sind heute sogar die Reisen nach Berlin dasselbe innere dringende Bedürfnis geworden, wie vorher der Ruinenbummel im Westen oder der Besuch Seinesbels. Mag der Franzose gern — wenn auch mit Unrecht — sich seiner beschwingteren Seele rühmen, der Deutsche hat unbestritten ein gutes Gedächtnis, und deutsch ist das Wort: „Ich kenne meine Pappenheimer!“

Lassen wir die Erinnerung in uns aufleben, sie zeigt uns die alte Wahrheit, daß in endlosem Angriff und harter Abwehr ein Volkstum voller Selbstachtung unbesiegbar ist und bleibt.

Von dem düsteren Trauertage, 23. November 1918, als unter eisigem Schweigen der Bevölkerung die Franzosen in Saarbrücken einrückten, bis zu der Stunde, in der der besiegte Victor das Land verläßt, zeigen welsche Reden und Taten immer das gleiche Bild, stehen sie in einem unüberbrückbaren Gegensatz. Bismarck sagt einmal, einem schuldlosen

Franzosen könne man 25 Gieße hüten aufzählen, wenn man ihm dabei eine schöne Rede über Freiheit halte, werde er sich glücklich fühlen. Anders geartet ist der Deutsche; bei ihm muß sich mit der schönen Rede die schöne Tat decken. Kaum war der Präsident, der französische Staatsrat, wie er mit Vorliebe unterzeichnete, in seiner Residenz, segnete er das Land sofort mit einer Proklamation, in der zunächst viel von der Mitwirkung des Volkes beim Regieren, von Ordnung, Freiheit, Gerechtigkeit usw. die Rede war, sogar vom Erwerben des Vertrauens der Bevölkerung und anderem schönen Klingklang. Sodann aber lüftet der Ritter das Helmschild und zieht sein Schwert, um von nun an à la Eisenbart seine Kur am Saarland zu versuchen. Mag er in manchen Dingen geschwankt haben, in einem Punkte aber hat Kault eine gerade Linie innegehalten, starr und unbegänglich, es ist sein blindwütiger Haß gegen das Deutschum. Schon nach der lebenswürdigen Einleitung seiner ersten Proklamation läßt er die Rage aus dem Sack mit nachstehender Drohung gegen die deutsche Bevölkerung: „Er sei gewillt, alle Bestrebungen, von wosie auch immer kämen, die Bevölkerung zu beunruhigen oder sie zu Fehl-tritten zu veranlassen, unnachlässiglich zu unterdrücken; die der Kommission verliehenen Rechte setzten sie in den Stand, sich ihrer Aufgabe zu widmen, ohne auch nur im geringsten sich durch etwaige eitle oder gar verbrecherische Auflehnung beeinträchtigen zu lassen.“ Was unter „eitle oder gar verbrecherische Auflehnung“ verstanden werden sollte, war jedoch niemandem unklar. Diese Spitzen richteten sich gegen die natürlichen Regungen des deutschen Geistes, die als eitel und verbrecherisch gekennzeichnet und verpönt sein sollten.

Der Trumpf, den der französische Staatsrat Kault hiermit in der Hand zu haben glaubte und mit stolzem Selbstbewußtsein in die Öffentlichkeit warf, barg zugleich seinen Mißerfolg und Frankreichs Debacle im Saargebiet. Seine Kampfanlage rief die Entschlossenen auf den Plan. So viele von ihnen auch Heimat und Herd verlassen mußten, der Heerbann gegen die Tyrannei wurde nur stärker, die Phalanx fester bei jedem Schlag gegen das Germanentum. Aber Gewalt bis zur Offen in Genf erhobenen Beschuldigung des Lugs und Betrugs blieb für Kault als Kompaß maßgebend für die Richtung des Regierungsschiffes auf seiner tollen Fahrt von 1920—1926, eines Schiffes, das er jetzt als Kapitän verläßt, da er den ersehnten Hafen nicht erreichte. Der Sturm zerriß die Segel, ein großer Teil der Bemannung ging über Bord; manche retteten noch den gefüllten Säckel, andere trauern in Sack und Asche über eine fehlgeschlagene Spekulation.

An dem Bild des französischen Chauvinisten würde aber ein wesentlicher Zug fehlen, würde hier nicht seiner unüberwindlichen blassen Furcht vor Attentaten, geheimen, mit Waffen ausgerüsteten und aufrührerischen Verbänden gedacht. Noch in seinem letzten Bericht nach Genf spricht er von den großen dunklen Wäldern des Saargebietes als willkommenen Schlupfwinkel für Verschwörer. Er selbst fühlte sich stets bedroht, ging er aus, so bemerkte man in seiner unmittelbaren Nähe Polizei in Zivil.

## Saargebiet und Locarno.

Dr. Georg Krause-Wichmann.

Die Kräfteverschiebung in der Weltpolitik der letzten 6 Jahre, deren Entwicklung durch die beiden Namen Versailles und Locarno zunächst oberflächlich charakterisiert ist, hat auch die Saarfrage in den Vordergrund der politischen Erwägungen treten lassen. Unter dem Gesichtspunkt der Rückwirkungen betrachtet, stellt die deutsche Forderung auf vorzeitige und vorbehaltlose Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland lediglich eine logische Konsequenz des Vertrages von Locarno dar. Zwar wurden hierüber weder in Locarno, noch bei der Unterzeichnung des Vertrages in London irgendwelche konkreten Vereinbarungen zwischen den interessierten Regierungen getroffen. Gleichwohl kann man heute behaupten, daß sich auf dem Wege der Lösung der Saarfrage eine entscheidende Wendung bemerkbar zu machen beginnt. Vor einem Jahre noch wäre in der französischen Öffentlichkeit der Plan einer vorzeitigen Rückgabe des Saargebietes an Deutschland als eine Kezerei bezeichnet worden, da diese Lösung im Grunde genommen eine Abänderung des ängstlich gehüteten Versailler Vertrages darstellt. Heute dagegen wird darüber in Frankreich schon öffentlich geschrieben.

Dieser bemerkenswerte Umschwung kommt nicht von ungefähr. Er entspringt auf der einen Seite der französischen Einsicht, daß der innere Widerstand des Saargebietes sowohl gegen eine Annexion durch Frankreich als gegen eine Aufrechterhaltung

der Völkerbundsherrschaft zu groß ist, um mit einem Nuheffekt für die französischen Interessen überwunden werden zu können. Entscheidender jedoch als dieser Grund fällt auf der anderen Seite der Zwang ins Gewicht, sich den seit 1918 grundlegend veränderten Machtverhältnissen anzupassen. Darüber wird später noch zu sprechen sein.

Betrachten wir zunächst kurz die Tendenz, die das Saargebiet in seiner heutigen Gestalt geschaffen haben und im Widerspiel dazu die Bedingungen, die bisher vom Saargebiet aus für den Erfolg oder Mißerfolg dieser Bestrebungen maßgebend waren. Man kommt dabei zu dem Ergebnis, daß französischerseits die Annexion des Saarbeckens betrieben wurde ohne Rücksicht darauf, ob Frankreich zur organischen Einbeziehung dieses Gebietes — kulturell und wirtschaftlich — und zu der machtpolitischen Behauptung dieses Zustandes in der Lage wäre. Zwar scheiterte der direkte Anspruch Frankreichs auf Abtretung des Gebietes an Wilsons Hartnäckigkeit. (Die Verhandlungen des Vierertrates wären deswegen bekanntlich beinahe in die Luft geschoßen.) Das französische Zielstreben, die Lösung von Deutschland, wurde jedoch durch die Ablehnung der französischen Forderung nicht im mindesten beeinträchtigt. Im Gegenteil; die Umwandlung des Saarbeckens in ein Völkerbunds-



gebiet und die Klausel der Volksabstimmung nach 15 Jahren hielt für Frankreich die Möglichkeit offen, doch noch zum Ziele zu gelangen. Die „Auswertung“ der Volksabstimmung in Oberschlesien ist ein klassisches Beispiel dafür, wie man sich die Sache mit dem Saargebiet ungefähr dachte. Das bei der Gestaltung der Saarverhältnisse ausgesprochen politische Motive im Vordergrund standen — die nachhaltige Schwächung Deutschlands um jeden Preis — ergibt sich auch daraus, daß Frankreich während der Friedensverhandlungen die Annahme des Gegenvorschlages der deutschen Delegation an Stelle der geforderten Grubenabtretung der Saarkohlenausbeute äquivalente Ruhrkohlenlieferungen anzunehmen, verhinderte. Bekanntlich wurde der Anspruch Frankreichs auf die Saargruben im Viererrat mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Entschädigung für die Zerstörung der nordfranzösischen Zecken begründet. Sobald Clemenceau die Annahme dieser zunächst rein wirtschaftlichen Forderung im Viererrat durchgesetzt hatte, ergab sich die Plattform für die nächste Forderung: Die Ausbeute dieses bedeutenden Wirtschaftsbetriebes in einem fremden Gebiet durch Schaffung einer politischen Sonderverwaltung im Saargebiet sicherzustellen. Damit war der entscheidende Schritt getan, die Loslösung des Saargebietes von Deutschland eingeleitet; sie zu einer endgültigen zu machen und sie schließlich nach außen hin durch ein Völkerbundsentscheid zu legitimieren, ergab sich als die in den nächsten 15 Jahren vorzubereitende Aufgabe. Es ist wichtig, an dieser Stelle festzuhalten, daß ein so schwerwiegender Eingriff in die Lebensverhältnisse des Saargebietes wie seine politische Loslösung aus dem deutschen Hoheitsgebiet und die Schaffung einer eigenen Regierung mit dem Hinweis auf wirtschaftliche Bedürfnisse keineswegs ausreichend begründet werden konnte. Wäre das geschähe in den Vordergrund gestellte wirtschaftliche Motiv, mit dem Clemenceau so erfolgreich operierte, tatsächlich vorherrschend gewesen, dann hätten kaum ernsthaft Bedenken bestehen können, das oben ange deutete deutsche Gegenangebot — Kohlenlieferungen — anzunehmen. Der Protest Brodorsky-Kanhaus vom 29. September 1919 brachte die Sachlage klar zum Ausdruck mit der Bemerkung: „Das reindeutsche Saargebiet soll von unserem Reiche gelöst und seine spätere Angliederung an Frankreich vorbereitet werden, obgleich wir Frankreich keine Menschen, sondern nur Kohlen schulden.“ Die Antwort Clemenceaus auf die deutschen Gegenentwürfe läßt die wahren französischen Motive deutlich erkennen. In der Antwort heißt es u. a.: „Der Vertrag sieht nach einer 15jährigen Frist eine Volksabstimmung vor, die dieser Bevölkerung von so zusammengefügter Art erlauben wird, in voller Freiheit (Oberschlesien! D. H.) und nicht notwendigerweise zum Vorteil Frankreichs oder Deutschlands die endgültige Rechtsordnung für das Gebiet, in dem sie lebt, zu bestimmen.“

„Zusammengesetzte Bevölkerung — Volksabstimmung“, diese beiden Worte umreißen das französische Programm. Für die wissenschaftliche Untersuchung scheidet in diesem Zusammenhang selbst die Frage aus, ob der Hinweis auf die Gemischtheit der Bevölkerung eine bewusste Unwahrheit oder eine grobe Unkenntnis darstelle. Unverrückbar steht auf jeden Fall heute fest, daß die von Clemenceau im Viererrat mit Gefühl vorgetragene Geschichte von den 150 000 Saarfranzosen, die angeblich in einer Petition um „Rückkehr“ zu Frankreich baten, den entscheidenden Widerstand Wilsons und Lloyd Georges (die beide von den Verhältnissen im Saargebiet keine blasse Ahnung hatten) gegen die französischen Pläne auf Schaffung einer selbständigen, der deutschen Hoheit entzogenen Saargebietes entwarf. Für Frankreich wurde allein dadurch der Weg zum Ziele — endgültige Trennung von Deutschland — geöffnet. Ohne das Manöver Clemenceaus wäre die Forderung der staatlichen Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland niemals zustande gekommen.

Die französische Rechnung erwies sich, was die Bevölkerung anging, als grundfalsch. Entweder hatte man den reindeutschen Charakter der Einwohner übersehen oder die Schwierigkeiten, diese in ihrem nationalbedingten Wesen zu ändern, unterschätzt. An dieser Tatsache änderte natürlich nichts die von der ganz unter französischem Einfluß stehenden Regierungskommission geflüstert eingeführte künstliche Unterscheidung zwischen im Saargebiet geborenen und dort nicht geborenen Personen. Letzteren wird heute noch — der Kuriosität halber sei es erwähnt — das passive Wahlrecht zum Landesrat vorenthalten, obwohl sie sich durch nichts von den „Eingeborenen“ unterscheiden. Ein gewiß unverdächtigster Zeuge, der nationalistische „Mehrer Messin“ urteilte am 7. Dezember 1925 wie folgt: „Wenn die Verfasser des Versailler Dokumentes sich die Mühe genommen hätten, sich zu

informieren und persönliche Erkundigungen einzuziehen, so hätten sie gefunden, daß die geschichtliche Zersplitterung Deutschlands auf das Saargebiet, das ebenso preußisch wie Brandenburg ist, keine Anwendung findet.“

Die äußeren Bedingungen, zum Ziel zu gelangen, lagen für Frankreich denkbar günstig. Der Grubenbesitz sicherte in dem von der Kohle abhängigen Industriegebiet die wirtschaftliche Vorherrschaft. Kohlenborkott brachte die Aktienmehrheit der gesamten Saarindustrie sehr rasch in französische Hände, von den Röchlingschen Eisen- und Stahlwerken abgesehen. Die — nebenbei bemerkt vertragswidrige — Einführung des französischen Franken als alleinige gesetzliche Währung im Juni 1923 und schließlich der Zollausschluß des Saargebietes an Frankreich am 10. Januar 1925 vervollständigte die zwangsweise wirtschaftliche Orientierung nach dem Westen. Nur ein Faktor drehte sich nicht mit: die Bevölkerung, und hier versagten auch die Zwangsmittel. Die französischen Bestrebungen, die Einwohner des Saarbeckens für Frankreich zu gewinnen, setzten naturgemäß mit besonderem Nachdruck bei den Gruben ein, deren Arbeiter, mit Angehörigen, fast 30 Prozent der Bevölkerung ausmachend, in direkter Abhängigkeit von der französischen Regierung standen. In richtiger Einschätzung der Rolle, die der Jugend im Jahre 1935 bei der Abstimmung zufallen würde, errichtete man französische Grubenschulen, die, wiederum im Widerspruch zum Versailler Vertrag, der diese nur für die Kinder des französischen Grubenpersonals vorsah, auch den Kindern der deutschen Bergleute zugänglich gemacht, ja sogar solchen von Nicht-Bergleuten, zugänglich gemacht wurden. Mit Vergünstigungen (Lehrmittelfreiheit, Weihnachtsbescherungen usw.) mehr aber noch durch Drohungen und Bestrafungen brachte es Frankreich unter rücksichtsloser Ausnutzung seiner Macht als größter Arbeitgeber zuwege, daß vorübergehend etwa 3000 Kinder — circa 3—4 Prozent der gesamten Schulpflichtigen — dem französischen Schulunterricht beizuhören. Hilfsleistung leistete dabei die Regierungskommission, die trotz der klaren Rechtslage des Saarstatutes gegen diese Ausbreitung des französischen Schulwesens keinen Einspruch erhob, ja sogar verhinderte, daß die einheimischen Volksschulen dieselbe materielle Vergünstigung (Lehrmittelfreiheit) wie die französischen Kolonialschulen boten. Wandel wurde erst nach jahrelangen Vorstellungen des Landesrates und der deutschen Regierung in Genf geschaffen, als auf Anweisung des Völkerbundsrates die Regierungskommission 1924 eine Verordnung erließ, die allen Bergleuten Schutz zusagte für den Fall, daß ihnen Nachteile erwüchsen, wenn sie ihre Kinder nicht in die französischen Schulen schickten. Von diesem Zeitpunkt an setzte eine starke Rückwanderung in die deutsche Volksschule ein, so daß heute bereits die französischen Schulen im Saargebiet auf den Aussterbeetat gesetzt sind. Ebenso groß war der Mißerfolg, den Frankreich mit der Gründung einer französischen Freundschaftlichen Partei erlitt. Unter der Parole „Das Saarland den Saarländern“ machte der von dem französischen Propagandaoffizier Richert ins Leben gerufene sogenannte „Saarbund“ mit gefälschten Elementen separatistische Propaganda. Die Zugehörigkeit zu diesem Bunde bildete lange Zeit die Voraussetzung dafür, daß man auf den Gruben befördert werden konnte. Unter den zahlreichen Druckmitteln, die seitens französischer Bergbeamter zur Mitgliederwerbung angewandt wurden, spielte die rigorose Verfügung über die den Fiskus gehörigen Grubenwohnungen eine besondere Rolle. Als der „Saarbund“ sich stark genug glaubte, versuchte er anlässlich der Landesratswahlen im Januar 1924 einen entscheidenden Vorstoß, indem er eine eigene Liste aufstellte. Trotz enormer Propaganda fiel er jedoch durch. Von den 30 Mandaten konnte er keines erringen. Auch sein mit französischen Regierungsmitteln ins Leben gerufene Propagandaorgan, der „Neue Saarfürer“, (der sich bezeichnenderweise ursprünglich im Untertitel „Nouveau Courrier de la Sarre“ nannte und zur Hälfte in Französisch erschien, trotz reiner Deutschsprachigkeit des Gebietes) versuchte vergeblich die Enttäuschung über den Wahlausgang zu vertuschen. Der katastrophale Mißerfolg des „Saarbundes“ wird illustriert durch das Ergebnis der Sicherheitsmännerwahlen im Bergbau, die ein Jahr später, im Januar 1925, stattfanden. Von über 40 000 Stimmen entfielen auf den Saarbund knapp 70 (siebenzig). An dieser Stelle verdient der hervorragende Anteil hervorgehoben zu werden, den die Gewerkschaften, dank ihrer Ge-



**Schlossenheit, an der Vereitelung der französischen Pläne hatten.** Diese Geschlossenheit und Disziplin war um so bemerkenswerter, als sich die Gewerkschaften im Saargebiet eigentlich erst nach der Revolution in beachtlichem Ausmaß entwickelt hatten, da vor dem Erlaß des Hilfsdienstgesetzes Ende 1917 die Koalitionsfreiheit im Saargebiet praktisch sehr stark eingeschränkt war.

Was von der in besonderer Weise den französischen Bestrebungen ausgesetzten Bergarbeiterchaft gilt, hat in gleichem Maße Geltung für die gesamte Saarbevölkerung. Es bedarf, um ein Beispiel der jüngsten Zeit zu nennen, nur des Hinweises auf den geradezu überwältigenden Verlauf der Jahrtausendfeier, die in schönstem Sinne aus dem Volksempfinden heraus, trotz Not und Sorge ein freudiges Bekenntnis zu Deutschland wurde.

Zusammenfassend läßt sich sagen: der innere Widerstand der Bevölkerung des Saargebietes gegen die französischen Bestrebungen war zu stark, um überwunden werden zu können.

Es wäre verfehlt, allein diesem Faktor für die veränderte Einstellung Frankreichs zur Saarfrage entscheidende Bedeutung beimessen zu wollen. Auch die Saarfrage, deren Entscheidung offiziell beim Völkerbund liegt, wird nach Gesichtspunkten geregelt werden. Angesichts des starken Menschenverlustes, den Frankreich durch den Krieg erlitten hat, des schleichenden Tempos der Bevölkerungsvermehrung, angesichts der Lasten der äußeren und inneren Staatsschulden, nicht zuletzt aber der kolonialen Schwierigkeiten und der zunehmenden Erstarkung Deutschlands entsteht für die französische Politik die Aufgabe, ihre abnormal erweiterte Machtsphäre auf ein Maß zu bringen, das sie mit den verfügbaren Machtmitteln auf die Dauer behaupten kann. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, erscheint allerdings bei oberflächlichem Hinsehen für Frankreich der Besitz der Saargruben, der Saarindustrie und des saarländischen Absatzmarktes verlockend. Die Rentabilität der Saargruben ist jedoch, wie man weiß, trotz Raubbau im letzten Jahre so stark gesunken, daß die Behauptung dieses Wirtschaftseigentums auf die Dauer kaum ins Gewicht fallende finanzielle Vorteile bietet. Zudem ist die Kohserzeugung der Saargruben so gering, daß sie im Hinblick auf den enormen Bedarf der lothringischen Industrie gar keine Rolle spielt. Die sich aus der Zollabschnürung ergebenden Schwierigkeiten für die bekanntlich überwiegend in französischem Kapitalbesitz befindliche Saarindustrie treten zurzeit zwar in ihrem normalen Ausmaß noch nicht in die Erscheinung, da das Reich durch umfangreiche Zollstundungen die Unterbindung der Ausfuhr nach Deutschland bisher verhindert hat. Außerdem läßt die produktionsbegünstigende Wirkung der Frankeninflation die schwersten Schädigungen, die sich unter normalen Bedingungen aus der Verdrängung der Saarproduktion von ihrem natürlichen deutschen Absatzmarkt ergeben, nicht wirksam werden. Früher oder später werden aber diese latenten Schwierigkeiten die Rentabilität des französischen Kapitalbesitzes, einschließlic der Gruben, in Frage stellen.

Es wäre zu weit gegangen, wollte man diesem Rentabilitätsgesichtspunkt eine entscheidende Rückwirkung auf die Einstellung der französischen Politik zur Saarfrage erwarten. Die tieferen Ursachen liegen in der politischen Kräfteverschiebung begründet, deren Entwicklungsrichtung eingangs schon mit den Worten Versailles — Locarno angedeutet wurde. Der Umschwung, der sich seit Versailles langsam, aber sicher vollzogen hat, wird durch die veränderte Haltung der Ententestaaten zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund mit geradezu klassischer Deutlichkeit illustriert. Während Deutschland früher als unwürdig bezeichnet wurde, im Völkerbund einen Sitz innezuhaben,

bemüht man sich heute, es zur Annahme eines Platzes in Genf zu bewegen. Gewiß nicht aus reiner Nächstenliebe. Man braucht Deutschland. Die Weltwirtschaft ist durch die Kriegs- und „Friedenswirkungen“ grundlegend verändert worden, notwendige Absatzmärkte sind in Übersee verloren gegangen, die Konsumtkraft Europas und Rußlands wurde erheblich verringert. Die Vereinigten Staaten, ehemals Schuldner, sind heute die Gläubiger Europas geworden. Dazu Arbeitslosigkeit in England, Währungskrise in Polen, Belgien, Frankreich. Die Ueberspannung der politischen Macht, die Entstehung des Bolschewismus, die Heranziehung der Farbigen zum Kampf gegen die Weißen, haben im Endeffekt zu einer Krise bei den „Siegerstaaten“ geführt, die die Zusammenfassung aller Kräfte notwendig macht. Marokko, Syrien, Indien, China, überall wird der Bestand der europäischen Herrschaft bedroht. Die Tendenz Englands und Frankreichs ist unverkennbar, sich zunächst von der Sorge zu befreien, die mit der Aufrechterhaltung einer Zwangspolitik gegenüber dem langsam wieder erstarkenden Deutschland notwendigerweise verbunden ist, um Kräfte für die Verteidigung der in Außer-Europa bedrohten Interessen frei zu bekommen. Das in dem Vertrag von Locarno festgelegte System der wechselseitigen Grenzgarantien und Friedenssicherungen scheint geeignet, dieses Bedürfnis zu befriedigen. Der harte Kampf, der in Locarno um die Auslegung des Artikels 16 des Völkerbundsstatutes geführt wurde, läßt deutlich erkennen, welche große Bedeutung man einer freiwilligen deutschen Unterstützung der Völkerbundspolitik, die vorerst noch eine Politik Englands und Frankreichs ist, beimißt. Diese Politik hat eine Stabilisierung der Verhältnisse in Europa zur Voraussetzung. Es müssen daher alle Gefahrenpunkte beseitigt werden. Als solchen „Gefahrenpunkt in Europa“ bezeichnet der angesehen englische Journalist Robert Donald das Saargebiet. Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet erscheint die vorzeitige Lösung der Saarfrage weniger ein Effekt, der sich aus dem plötzlich entdeckten Friedensgeist von Locarno ergeben wird, sondern als eine Angelegenheit, die der Notwendigkeit entspringt, aus weltpolitischen Erwägungen mit Deutschland zu einem Friedenszustand zu gelangen.

Man kann mit Bestimmtheit annehmen, daß die deutschen Unterhändler in Locarno ihre Zusage zum Beitritt Deutschlands in den Völkerbund u. a. von der Bedingung abhängig gemacht haben, daß in nächster Zeit ernsthaft an eine Regelung der Saarfrage herangegangen wird. Sobald Deutschland dem Völkerbund angehört, wird es ihm bei der öffentlichen Diskussion der Saarfrage zugute kommen, wenn es darauf hinweisen kann, daß die Saarbevölkerung (wie wir es oben an einigen Beispielen kurz geschildert haben) tatsächlich rein deutsch ist und die Voraussetzung, unter der die Klausel der Volksabstimmung zustande kam, eine rein trügerische war. Es wird u. E. weiter anführen können, daß selbst die längere Ueberlassung der Saargruben an Frankreich juristisch kaum noch zu rechtfertigen ist, da die Gesamtreparationsverpflichtungen Deutschlands durch den Dawesplan einheitlich geregelt sind. Auch die Begründung, daß Deutschland Frankreich die Saargruben als Ersatz für den Förderausfall der im Kriege zerstörten nordfranzösischen Zechen schuldet, ist nicht mehr stichhaltig, da diese Zechen ihre Friedensförderungen schon wieder überschritten haben.

Als einzige Lösung kommt für das Saargebiet nur eine vorbehaltlose Rückgabe an Deutschland in Frage. Wenn über den genauen Zeitpunkt dieser Lösung auch noch nichts Bestimmtes gesagt werden kann, so steht heute jedenfalls schon fest, daß diese Lösung den in Versailles von Frankreich verfolgten Absichten entgegengesetzt sein wird.

## Das Saargebiet nach Deutschlands Völkerbundseintritt.

Seitdem die Radiotechnik in Deutschland für die Allgemeinheit in wenigen Jahren ein allgemeiner Kulturfaktor geworden ist, haben sich ihrer auch die verschiedensten Ortsgruppen des Bundes der Saar-Bereine wiederholt bedient, um weiteste Kreise des deutschen Volkes mit den Fragen des Saargebietes vertraut zu machen. Nachdem vor etwa einem Jahre Verwaltungsdirektor Vogel im Rahmen einer Vortragsreise über Fragen des deutschen Westens — veranstaltet von der Berliner Funktunde — den Anfang mit Radio-Vor-

läufe eines Jahres verschiedene andere Saar-Radio-Vorträge in Leipzig, Königsberg i. Pr. usw. gefolgt. Anfang März stellte unsere Ortsgruppe Stettin einen entsprechenden Antrag an die Berliner Funktunde, die ihm auch bereitwillig nachkam. Sie forderte demgemäß den Chefredakteur Richard Posselt zu einem Vortrag über das obige Thema für den 25. März auf, der durch Uebertragung auf den Stettiner Sender auch der Stettiner Rundfunkgemeinde übermittelt wurde. Herr Posselt als langjähriger Redakteur der Saarbrücker Zeitung hat die Entwicklung der Saarfragen unter lebendiger Führung



nahme mit ausschlaggebenden politischen Führern des Saargebietes nach seiner Ausweisung aufmerksam verfolgt und darf somit als guter Kenner der Saargebetsverhältnisse gelten. Wir geben daher hier seine Ausführungen im Berlin-Stettiner Rundfunk wieder:

Zunächst und grundsätzlich: Das Saargebiet ist urdeutsches Land mit 99,5 Prozent kerndeutscher Bevölkerung. Es bildet die südwestlichste Ecke des Rheinlandes, gehört mit etwa 1/3 zu Preußen und mit 2/3 zur bayerischen Pfalz. Deshalb ist es nicht nur politisch und geographisch falsch, sondern national- und grenzpolitisch ein unverzeihlicher Fehler, beispielsweise Briefe mit der Aufschrift Saarbrücken „i. Lothr.“ oder Saarlouis „in Lothringen“ ins Saargebiet zu senden. So etwas muß an der Saar verstimmen. Das Saargebiet, wie es auf Grund des Saarstatuts abgegrenzt wurde, hat politisch, wirtschaftlich, kulturell und bevölkerungsmäßig nie zu Lothringen, also nie zu Frankreich gehört. Wenn es im Verlauf von rund 1000 Jahren zusammen ganze 62 Jahre unter französischer Regierung, besser unter französischer Gewalt stand, dann nicht aus politischer Überzeugung der Bevölkerung, sondern aus machtpolitischen Gründen, wobei die Macht nicht auf Seiten der Saargebetsbevölkerung lag.

Das vorauszuschicken bin ich den saardeutschen Volksgenossen verpflichtet, weil man sie trotz ihres heroischen Kampfes um ihr unverfälschtes Deutschtum, trotz der von Reichsminister Rathenau ausdrücklich festgestellten vorbildlichen Treue und Einigkeit an der Saar immer wieder gedankenlos dem lothringischen Volkstum zurechnet. Man sollte sich jedenfalls hüten, dem von Clemenceau in Versailles erzählten Märchen von den 150 000 Saarfranzosen dadurch Vorschub zu leisten, daß man das Saargebiet gedankenlos nach Lothringen verlegt, wo man, wie die elfässische Wochenzeitschrift „Die Zukunft“ im Juli v. Js. feststellte, tatsächlich auf Geheiß der französischen Behörden Unterschriften für den Anschluß des Saargebietes an Frankreich gesammelt hat. Als man im Saargebiet von dieser Behauptung Clemenceaus hörte, hat man zunächst herabhaft darüber gelacht, da man sich nicht vorstellen konnte, wo Clemenceau diese 150 000 Saarfranzosen entdeckt haben wollte. Man lachte aber nicht mehr, als man erfuhr, welche politischen Absichten Clemenceau mit dieser Behauptung verfolgte und welche Erfolge er schließlich auch damit erzielte. Gewiß, die erstrebte glatte Annexion des Saargebietes ist Frankreich in Versailles nicht gelungen.

Wilson und Lloyd George mochten damals gemerkt haben, daß mit dem französischen Anspruch auf das Saargebiet etwas nicht ganz in Ordnung war. Es fehlte aber beiden das politische wie das geographische Verständnis für dieses an sich kleine Saarbedengebiet, das außerhalb der Grenze lag, die Frankreich als Friedensgrundlage gefordert hatte. Als dann am 8. April 1919 Lloyd George den Vorschlag machte, dem Saargebiet die Unabhängigkeit unter der Autorität des Völkerbundes zu geben, da ahnte er vielleicht nicht, daß er damit die Grundlage schuf, die in den folgenden Jahren den Völkerbund in eine immer schiefere Lage zu seinen Grundsätzen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, von Gerechtigkeit und Demokratie brachte.

Wenn man die Saarfrage in ihrer ganzen politischen, wirtschaftlichen, nationalen und sozialen Bedeutung verstehen will, dann muß man von dem Grundgedanken ausgehen, der diese Frage überhaupt erstehen ließ. Dieser Grundgedanke ist in Artikel 45 des sogenannten Versailler Friedensvertrages niedergelegt, wo bestimmt wird, daß Deutschland „als Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nord-Frankreich“ das vollständige und unbeschränkte Eigentum an den Kohlengruben im Saarbecken abzutreten hat. Daß man hier lediglich die Kohlengruben Nord-Frankreichs vorseh, um die politischen Ziele im Saargebiet zu verdecken, darauf macht der französische Generalkonsul und Gesandte a. D. Ebroy in seinem außerordentlich lehrreichen Buche „Der unsaubere Frieden“ aufmerksam. Dieser gibt in Kapitel 6, das das Saarbecken behandelt, einen Brief Briand vom 12. Januar 1917 an den französischen Botschafter in London wieder, der unter anderem folgenden Passus enthält:

Selbstverständlich muß das Elsaß und Lothringen unzerstückelt werden, nicht verstümmelt wie nach dem Vertrag von 1815, sondern ohne Grenzberichtigungen, wie vor 1790. Wir hätten dann geographisch und montan das Saarbecken, dessen Besitz wesentlich ist, für unsere Industrie.

Aber nicht erst 1917 tauchten die ersten französischen Ansprüche auf das Saargebiet auf, schon 1912 spielten die reichen Schätze in den tiefen Schächten der Saarberge, die schwarzen Diamanten, in den geheimen Abmachungen zwischen Poincaré und dem damaligen russischen Botschafter in Paris, Tswolski, eine bedeutsame Rolle. Wenn man im übrigen noch im Zweifel über die Tendenz der französischen Ansprüche auf das Saargebiet sein konnte, dann hat sie Tardieu in seinem Buche „Der Frieden“ restlos zerstreut. Die Absicht der Annexion des Saargebietes geht daraus mit aller Deutlichkeit hervor. Ebroy nennt die Versailler Regelung über das Saarbecken ohne Befragen der Bevölkerung eine Verletzung der

jenigen Grundgedanken, die in den bekannten Wilsonschen 14 Punkten das Selbstbestimmungsrecht der Völker behandeln.

Schon die deutsche Friedensdelegation wies in Versailles darauf hin, daß die Sicherstellung einer Naturalentschädigung für die zerstörten Gruben in Nord-Frankreich auf anderem Wege erfolgen konnte, als dadurch, daß man mit der Ueberweisung der Saargruben an Frankreich auch die zu diesem Gebiet gehörende Bevölkerung einer fremden Verwaltung unterstellte. Wenn sich die alliierten Mächte einer anderen gerechteren Regelung widersetzen, so gab sich auch hieraus der unverkennbare Wille kund, weniger eine Entschädigung zu verlangen, als einer nachträglichen Annexion des Saargebietes Vorschub zu leisten.

Man hat in Versailles zur Sicherstellung der ungehinderten Ausbeutung der Saargruben gegen den Willen der Bevölkerung urdeutsches Land in einer Ausdehnung von rund 2000 Quadratkilometer mit etwa 700 000 Einwohnern vom Deutschen Reich abgetrennt und der Verwaltung durch eine Völkerbundskommission unterstellt. Man hat es weiter völkerpolitisch von Deutschland losgelöst und es Frankreich angegliedert. Zwar erklärten die alliierten und assoziierten Mächte, „daß sie die größte Sorgfalt darauf verwendet hätten, den Bewohnern des Gebietes jeden materiellen oder moralischen Schaden zu ersparen.“ Das ganze System der Verwaltung in Zivil- und Strafrechtsgebung und auch das Steuerwesen sollte ausdrücklich aufrecht erhalten werden, „die Bewohner sollten ihre örtlichen Vertretungen, ihre religiösen Freiheiten, ihre Schulen und den Gebrauch ihrer Sprache behalten, alle bestehenden Bürgschaften zum Schutze der Arbeiter sollten aufrecht erhalten werden, und die neuen Gesetze den vom Völkerbunde angenommenen Grundsätzen entsprechen.“

Alles das versprach man feierlich. Man schuf für die Verwaltung des Saargebietes ein besonderes Statut und erließ für die Verwaltungskommission besondere Instruktionen, die klar und deutlich die Regierungskommission verpflichteten, „keine anderen Aufgaben und Interessen als das Wohlergehen der Bevölkerung des Saargebietes zu haben.“ Wenn man sich der Kämpfe erinnert, die wegen der ersten Zusammensetzung der Regierungskommission im Völkerbundsrat besonders zwischen Frankreich und England geführt wurden, wenn man weiß, unter welchen Umständen der französische Saatsrat Rault erster und bisher einziger Präsident der Saarregierung wurde und blieb, der ist nicht verwundert darüber, daß diese Regierungskommission lediglich französische Politik im Saargebiet trieb und förderte. Die bisherige Regierungskommission konnte, da Deutschland keinerlei Einfluß auf den Völkerbund hatte, nur französische Politik treiben. Hätte es sich um eine von neutralem, von wahren Völkerbundsgeist erfüllte Regierungskommission gehandelt, dann hätte sie trotz der stark in französischem Interesse formulierten Bestimmungen des Saarstatuts eine Musterverwaltung einrichten, im kleinen die hohen Ideale und demokratischen Grundsätze des Völkerbundes praktische Erfolge zeigen können. Aber von Anfang der Verwaltungstätigkeit der Saarregierung an, zeigte sich, daß sie — um mit einer der Saarregierung äußerst nahestehenden Persönlichkeit zu sprechen — sich bemühte, „nachträglich das zu erreichen, was englischer Neid und amerikanische Mißgunst in Versailles nicht zuließ“, nämlich die Annexion für Frankreich.

Obwohl das Saarstatut im § 30 jeglichen Militärdienst untersagt und zur Aufrechterhaltung der Ordnung die Einrichtung einer örtlichen Gendarmerie vorschreibt, blieb bis zum heutigen Tage französische Besatzung im Saargebiet.

Obwohl § 32 des Saarstatuts die deutsche Mark als gesetzlich gültig anerkennt, und nur bestimmt, daß auch dem Umlauf französischen Geldes keine Schwierigkeiten gemacht werden, führte die Regierungskommission gegen den Willen der Bevölkerung den französischen Franken ein.

Obwohl § 27 ausdrücklich bestimmt, daß die gegenwärtige Staatsangehörigkeit der Einwohner des Saarbedengebietes von den vorliegenden Bestimmungen nicht berührt werden darf, schuf die Saarregierung eine Art saarländische Staatsangehörigkeit, die sogenannte Saareinwohner-eigenschaft mit dem ausschließlichen Zweck, den neu zuziehenden Franzosen die gleichen Rechte wie der Saargebetsbevölkerung einzuräumen. Die Anwendung der Bestimmungen über die Saareinwohner-eigenschaft hat sich in der Praxis sogar so ausgewirkt, daß in das Saargebiet gezogenen Franzosen größere Rechte zuerkannt wurden, als saardeutschen Bewohnern.

Die Vertretung der Interessen von Einwohnern des Saargebietes im Ausland übertrug Herr Rault Frankreich.

Obwohl § 23 des Saarstatuts die Vorschrift enthält, daß Gesetzes- und Verwaltungsänderungen nur nach Anhörung der gewählten Vertreter der Einwohner beschlossen und ausgeführt werden dürfen, hat sich die Regierungskommission niemals daran hindern lassen, Gesetze und Verordnungen auch ohne Erfüllung dieser Vertragsbestimmung in Kraft zu setzen, wenn es im politischen oder wirtschaftlichen Interesse Frankreichs lag.



Die in § 25 vorgesehene Berufungsinstanz für die Zivil- und Strafgerichte im Saargebiet, das sogenannte Obergericht in Saarlouis, setzt sich fast ausschließlich aus frankophilen Richtern zusammen. Daraus erklärt sich, daß jede Entscheidung, sofern der Fall irgendwie politischen Einschlag hat, oder Interessen der Saarregierung in Frage kommen, ohne Ausnahme im Sinne der Saarregierung gefällt werden.

Die Saarregierung hat sich entgegen den Bestimmungen des § 28 besonders für die Förderung der französischen Schulen und des französischen Sprachunterrichts eingesetzt.

Während Artikel 46 und 50 des Versailler Vertrages und Ziffer 3 der Instruktionen des Völkerbundes für die Regierungskommission mit besonderer Betonung hervorheben, daß alle Maßnahmen zur Sicherung der Rechte und der Wohlfahrt der Bevölkerung zu treffen sind, hat die Saarregierung nichts unternommen, um die gewaltigen Schäden von der Saargebetsbevölkerung fern zu halten, die sich mit der Überführung des Saargebiets in das französische Zollsystem, die sich aus dem Verfall des französischen Frankums ergaben.

Ein besonderes Kapitel ist die Steuerpolitik der Saarregierung. Während vor dem Kriege die Kohlensteuer, die der Preussische bzw. der Bayerische Grubensiskus an die Gemeinden zu zahlen hatte, auf 20 Prozent festgesetzt war, ermäßigte die Regierungskommission sehr bald die Steuer für den französischen Grubensiskus auf 10, später auf 7½ und schließlich auf 5 Prozent. Aber auch das war der französischen Regierung noch zu viel und deshalb wurde zwischen der Saarregierung und der französischen Regierung ohne Anhörung des Saarlandrats, der vorgeschriebenen örtlichen Vertretung, ein Steuerabkommen abgeschlossen, wonach die Saargruben nur rund 2,5 Millionen Goldmark Steuern an das Saargebiet zu zahlen haben. Welche sonderbare Steuermethoden die Regierungskommission anwandte, um fast die gesamte Steuerlast auf die Saargebetsbevölkerung zu legen, ergibt sich aus folgender Zusammenstellung: Die gesamten im Saargebiet zu versteuernden Werte wurden von der Regierungskommission aus freier Hand mit 1,6 Milliarden Reichsmark, die außerhalb des Saargebiets liegenden aber im Saargebiet zu versteuernden Objekte mit 300 Millionen, der Wert der Arbeitskraft der Saargebetsbevölkerung mit 600 Millionen eingeseht und steuerlich erfasst, während der versteuerbare Wert der gesamten Saargruben mit allen Einrichtungen nur mit 350 Millionen zur Verrechnung kommt. Der französische Grubensiskus bezahlt also nur einen ganz geringen Bruchteil der im Saargebiet zur Erhebung kommenden Steuern, lehnt jedoch eine Verbesserung der Sozial- und arbeitsrechtlichen Gesetzgebung und eine angemessene Lohnpolitik seinen Arbeitern gegenüber ab.

Die Reichsregierung, die politischen Parteien des Saargebiets und die deutschen Gewerkschaften gemeinsam mit der saar-deutschen Presse haben immer wieder versucht, den Völkerbund auf die unhaltbaren Verwaltungsmethoden der Saarregierung hinzuweisen, und ihm zu veranlassen, die Regierungskommission an ihre treuhänderischen Pflichten zu erinnern. Nur in den allerersten Fällen haben diese Aktionen einen Teilerfolg gehabt. Auch dort, wo Übergriffe der Saarregierung und Verletzung ihrer Treuhänderpflichten etwa durch Beschränkung der politischen Freiheiten der Saargebetsbevölkerung, durch Förderung der Französisierungsbestrebungen offen zutage traten, hat der Völkerbund kaum jemals Veranlassung genommen, seine Autorität der Regierungskommission gegenüber zu wahren.

So konnte es nach dem bisherigen Stand der außenpolitischen Gesamtlage kaum Wunder nehmen, wenn die Saarregierung sich im Verlauf ihrer bisherigen Verwaltungstätigkeit als ein willfähiges Werkzeug der französischen Saarpolitik erwiesen hat. Deutschland mußte sich darauf beschränken, dort, wo ihm irgendwie die Möglichkeit gegeben war, an den Völkerbund zu appellieren und zu protestieren. Die Saargebetsbevölkerung in ihrer Gesamtheit hat es ebenfalls an Protesten, Denkschriften und Delegationen an den Völkerbund nicht fehlen lassen. Bisher haben alle diese Schritte kaum nennenswerten Erfolg gehabt, wenngleich gerade die neutralen Völkerbundsmächte immer ein offenes Ohr und weitgehendes Verständnis für die Klagen der Saargebetsbevölkerung bekundeten. Wenn bisher keine Aenderung eingetreten ist, so erklärt sich das aus all jenen Momenten, die man kurz als den Versailler Geist bezeichnen muß.

Lassen nun die Ereignisse der letzten 4—5 Monate die Hoffnung auf eine Aenderung auch der Verwaltungsmethoden im Saargebiet im Sinne einer gerechten, neutralen Haltung zu? Die Locarno-Verhandlungen mit ihrem Abschluß in London und dem Verlangen nach Fortentwicklung in dem bekannten Communiqué der Locarno-Mächte in Genf haben hierfür jedenfalls im Saargebiet neue Hoffnungen erwachsen lassen. Eine Mitwirkung Deutschlands im Völkerbundsrat müßte dessen Entschlieungen über das Saargebiet zweifelhaft wesentlich beeinflussen, wenn gleich man nicht erwarten darf und soll, daß nun im Gegensatz zu der bisherigen pro-französischen eine pro-deutsche Politik an der Saar getrieben würde.

Im Saargebiet wie in Deutschland erwartet man lediglich eine neutrale, eine Treuhänderpolitik, die endlich

einmal mit der französischen Vormachtstellung in der Saarreglung aufträumt. Die Nichtaufnahme Deutschlands in den Völkerbund hat es jedenfalls verschuldet, daß der Völkerbundsrat in seiner Sitzung am 19. März die Saarfragen im wesentlichen wieder im französischen Sinne entschieden hat. Gewiß, Herr Rault ist nach ununterbrochener sechsjähriger Präsidentschaft an der Saar von Herrn Stephens, dem bisherigen kanadischen Saar-Regierungsmittglied ersetzt worden. Zum französischen Mitglied wurde aber der bisherige Generalsekretär der Regierungskommission, Morize, ernannt, der nicht nur die rechte Hand Herrn Raults war, sondern auch die aktivste Persönlichkeit im Sinne der französischen Saarpolitik darstellte. Es ist kaum damit zu rechnen, daß Herr Morize jetzt als französischer Vertreter in der Saarregierung seine politischen Saargele ändern wird. Ferner hat der Völkerbundsrat das belgische und tschechische Mitglied erneut bestätigt, so daß die französische Mehrheit in dem Fünf-Männer-Kollegium gesichert erscheint.

Auch der Beschluß des Völkerbundsrats über die französische Saarbesetzung kann von deutscher Seite nicht gutgeheißen werden, da auch nach erfolgter Zurückziehung der französischen Truppen von der Saar — wofür der Zeitpunkt noch keineswegs feststeht — die Saarregierung auf ihre Verantwortung solche wieder heranziehen kann.

Wenn man aber die Bedeutung eines künftigen ständigen deutschen Ratsstzes für das Saargebiet beurteilen will, dann wird man gerne von den letzten Verhandlungen in Genf ausgehen müssen. Hier hat Deutschland zum ersten Male nach dem Kriege sich wieder als gleichberechtigte Großmacht nicht nur durchgesetzt, sie hat vor allem verhindert, daß zwischen einzelnen Mächten zettelförmige Geheimabmachungen in Wirksamkeit treten konnten. Und gerade solche Geheimabmachungen haben bisher im Saargebiet keine gerechte, neutrale Verwaltung aufkommen lassen. In seiner Rede am 22. März hat der deutsche Reichsaussenminister im Reichstag darauf hingewiesen, daß die überwiegende Mehrheit der Völkerbundsmächte in Genf sich auf den Standpunkt stellte, daß der Völkerbund der deutschen Mitarbeit nicht länger entzogen könne. Dr. Stresemann durfte deshalb behaupten, daß trotz allem anderen Deutschland nicht geschwächt aus Genf hervorgegangen ist.

Diese Gesichtspunkte auf das Saargebiet übertragen, lassen die Hoffnung zu, daß man in Genf nach Deutschlands Zugehörigkeit zu Völkerbund und Rat nicht über das Saargebiet auf Grund von geheimen Abmachungen zwischen einigen interessierten Mächten sondern unter Beachtung der deutschen Gesichtspunkte beschließen wird. Das wird auch in Zukunft nicht ohne Kämpfe sich vollziehen. Unter Deutschlands Einwirkung aber wird sich der Rat allmählich auf das große Ziel einstellen, das der Völkerbund sich angeblich gestellt hat und wird allmählich auch in der Saarfrage von den Interessentenzweilen abgehen müssen, die bisher unter Rault verfolgt und gefördert wurden. Deutschland wird in Zukunft die Saarverwaltung zu kontrollieren in der Lage sein und wird sein Veto dagegen einlegen können, wenn man in alte Sünden zu fallen versucht.

Die Frage, ob der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und in den Rat irgendwelche Rückwirkungen auf die Saargebetsverwaltung haben wird, hängt somit lediglich von der Fortentwicklung der Locarno-Politik ab, für die sich die Locarnomächte in der bekannten Erklärung vom 18. März ausgesprochen haben. Jene Mächte, die lange Jahre nach dem Kriege jede Gemeinschaft mit Deutschland ablehnten und eine Gleichberechtigung Deutschlands brüst zurückwiesen, haben die Notwendigkeit der Mitarbeit Deutschlands an dem Wiederaufbau Europas, an der Befestigung des Friedens, an der kulturellen Fortentwicklung der Menschheit rückhaltlos anerkennen müssen.

Der Verlauf von Genf gibt aber ferner dem Saargebiet die Hoffnung, daß Deutschland als künftiges Ratsmitglied nicht nur eine Stimme im Rat haben wird, sondern auch alle jene Mächte auf seiner Seite vereinigen dürfte, die im Geiste des Rechtes, des Friedens und der Selbstbestimmung an dem Wiederaufbau Europas mitarbeiten wollen.

Daß es zu dieser Wendung der Dinge kommen konnte, ist auch ein Verdienst der Bevölkerung an der Saar, die trotz aller Leiden im siebenjährigen Abwehrkampf gegen französische Annexionsgelüste der Welt und selbst Frankreich die Ueberzeugung beibrachte, daß das Saargebiet deutsch war, deutsch ist und deutsch bleiben will. An der Saar spricht man nicht französisch, wie man immer noch verschiedentlich im Innern Deutschlands annimmt, dort spricht man deutsch, denkt, fühlt und handelt deutsch. Wenn heute selbst Franzosen öffentlich feststellen müssen, Frankreich habe den Kampf im Saargebiet verloren, dann ist das ein Erfolg deutscher Treue, die sich durchsetzte zu einem anderswo ähnlich nicht erlebten Bekenntnis zum untrennbaren Deutschtum während der Jahrtausendfeier im Sommer v. Js., es ist ein Sieg deutscher Treue, von der Albert Zühlke in seinem Saartalender sagt:

Nur hart und fest, das Leid vergeht,  
Singt hell das Lied der Lieder!  
Sobald die deutsche Flagge weht,  
Blüht alles, alles wieder.



## Warnung vor übertriebenem Optimismus.

Mit dem Abschluß des Locarno-Paktes und den Vereinbarungen der Locarnomächte in Genf, ist vielfach in deutschen politischen Kreisen die Auffassung zutage getreten, daß nunmehr eine neue Zeit in den Beziehungen der einstmaligen feindlichen Völker eintreten würde, so daß es nicht angebracht erscheine, die bisher eingenommene Kampfstellung in der bisherigen Form beizubehalten. In der kürzlich geführten Aussprache des Deutschen Reichstags, bei Besprechung des Etats des Ministeriums für die besetzten Gebiete ist sowohl von dem deutschen Zentrumsabgeordneten Dr. Kaas-Trier und Hofmann-Ludwigshafen, wie auch von den pfälzischen Abgeordneten Dr. Zapf (DVP.) und Raschig (Dem.) darauf hingewiesen worden, daß sich bisher die Locarno-Rückwirkungen praktisch so gut wie noch gar nicht bemerkbar gemacht haben. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß das, was man vielfach als Rückwirkungen des Locarno-Vertrages anspricht, überhaupt nicht als Rückwirkungen bezeichnet werden kann, weil es vertragsmäßige Rechtsansprüche sind. Das Besatzungsregime, wie es sich entwickelt hat, und um dessen Abmilderung noch heute schwierige Verhandlungen geführt werden, widerspricht grundsätzlich den Versailler Diktatbestimmungen wie auch die jetzt noch aufrecht erhaltene Stärke der Besatzungstruppen im Rheinlandabkommen keinerlei Stütze findet. Die Frage der Aufrechterhaltung der Besatzung überhaupt ist eine solche, die sich weniger auf Grund des Locarno-Geistes als auf Grund des Artikels 431 des Versailler Vertrages regeln müßte, wo eine vorzeitige Räumung nach festgestellter Vertragserfüllung Deutschlands festgelegt ist.

Von besonderer Bedeutung sind auch die Ausführungen, die in diesem Zusammenhang über das Saargebiet gemacht worden sind. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die Zurückziehung der Saartruppen schon vor sechs Jahren hätte erfolgen müssen, daß der jüngste Beschluß des Völkerbundes über ihre Zurückziehung den vertraglichen Forderungen nicht entspricht, und daß die Möglichkeit, französische Truppen nach dem Aufheben der Regierungskommission jederzeit wieder ins Saargebiet zurückgezogen werden könnten, den Versuch einer weiteren flagranten Verletzung des Saarstatuts darstellt.

Die gleiche Auffassung über Locarnogeist und Vertragserfüllung kam in einer Sitzung des Beratungs- und Verwaltungsausschusses des Bundes der Saar-Bereine am 20. März durch verschiedene Vertreter politischer Parteien aus dem Saargebiet zum Ausdruck. Was die Neuwahl der Regierungskommissionsvertreter durch den Völkerbundsrat betrifft, so stellt sie nach Auffassung dieser politischen Saarvertreter keineswegs einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand dar. Die französische Mehrheit in der Saarregierung ist durch die Wiederernennung der Herren Lambert und Bezanski und mit der Neuernennung des Herrn Morize auf alle Fälle sichergestellt. Ob Herr Stephens in der Lage sein wird, sich gegen den vorherrschenden Einfluß durchzusetzen, muß erst die Zukunft erweisen. Zudem bietet die Notwendigkeit einer Neuverteilung der Arbeitsgebiete innerhalb der Regierungskommission vielleicht willkommenen Anlaß, den französischen Einfluß weiterhin zu verstärken.

Hat Frankreich seine politischen Bestrebungen im Saargebiet aufgegeben? Diese Frage ist oft gestellt worden, aber wohl nur selten richtig beantwortet worden. Eines ist gewiß, die bisher von Frankreich zur Anwendung gekommenen Methoden haben der französischen Saarpolitik einen restlosen Mißerfolg gebracht. Aber es wäre ein Irrtum und ein Selbstbetrug, wollte man annehmen, daß damit Frankreich nun überhaupt auf das Saargebiet verzichten wolle. Nur zu viele Anzeichen liegen dafür vor, daß das Ziel noch immer das selbe ist, das man aber versucht, mit anderen Methoden zu diesem Ziel zu gelangen. Wenn von oberflächlichen Beurteilern jetzt die Meinung vertreten wird, der Sieg im Saargebiet sei bereits zugunsten Deutschlands endgültig entschieden, so verkennet man vollkommen die Lage. Wenn man in Frankreich jetzt eingesteht, daß Frankreich sein Ziel im Saargebiet nicht erreicht hat, so liegt darin zunächst nur das Eingeständnis, daß die bisher verfolgten Methoden falsch waren. Jetzt versucht man durch scheinbare Untätigkeit allmählich die Wachsamkeit der Saargebietsbevölkerung und des übrigen deutschen Volkes, das nationale Gewissen an der Saar einzuschläfern. Diesen Zustand versucht man jetzt um so mehr herbeizuführen, weil man hofft, ihn in Verbindung mit der Notlage den Sorgen der Bevölkerung zu politischen Zwecken bequem ausnützen zu können. Gerade jetzt, wo Herr Kautl sein Regiment abgibt, wo der „Saarbund“ und die übrigen französischen Propagandastellen verschwunden sind, wo man selbst in französischen Kreisen die Auffassung vertreten hört, das Saargebiet ist für Frankreich verloren, in diesem Augenblick muß die Wachsamkeit gegenüber französischen Ueberrumpelungs- oder Einschläferungsmethoden im Saargebiet besonders groß sein.

Dem Deutschstumskampf an der Saar kann es nicht dienen, wenn durch taktische Fehler auf deutscher Seite nach außen hin der Eindruck aufkommen muß, als verkenne man auf deutscher

Unternehmerseite durchaus den Ernst der Lage, der sich aus der nicht zu bestreitenden Notlage der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung ergeben muß. Es sind wirklich eigentlich nur taktische Fehler, wenn in der Arbeiterschaft die Auffassung um sich greift, daß die deutsche Unternehmerschaft und ihre Lohnpolitik den französischen Großunternehmern einen willkommenen Anlaß gibt, zu erklären, daß sie keine Notwendigkeit einsehen, bessere Löhne zu zahlen als die deutschen Unternehmer. Eine geschickte Regie würde mit weitblickendem sozialen und politischen Verständnis für die darbenenden breiten Massen dem Deutschstum an der Saar ein politisches Plus verschaffen, dem gegenüber selbst die neuen französischen Methoden zur westlichen Orientierung des Saargebiets völlig unwirksam bleiben müßten. Zusammenarbeit zwischen deutscher Unternehmerschaft und deutscher Arbeiterschaft ist dringendes Gebot der Stunde, nicht allein aus sozialen Gründen, sondern aus politischen Erwägungen.

Zweifellos, an der deutschen Haltung der Saargebietsbevölkerung hat sich bisher nichts geändert. Man sollte sich aber trotzdem nicht täuschen, welche politischen Rückwirkungen langandauernde wirtschaftliche Not der breiten Massen auf die Gestaltung des Zukunftsschicksals des Saargebiets ausüben muß. Man braucht nur einen Blick in die parteipolitische und in die Gewerkschaftspresse zu tun, um zu erkennen, welche Gefahren sich entwickeln. Und da parteipolitische Egoismus, persönlicher Ehrgeiz und krankhafte Ueberheblichkeit einzelner das gemeinsame Ziel da und dort an der Saar aus ihrer ganzen inneren Einstellung heraus in den Hintergrund treten lassen, und gern mit Phrasen sich billigen Beifall bei der Menge zu verschaffen suchen, so ist es kein Wunder, wenn allmählich sich in einem Teil der darbenenden Bevölkerung eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber jenen Vorgängen entwickelt, die Gefahren in sich birgt.

Gerade katastrophal liegen die Dinge auf dem Gebiet der Sozialversicherung und des Arbeiterrechtes. Durch die rückichtslose Loslösung des gesamten sozialen Versicherungswesens an der Saar und durch die Errichtung selbständiger Versicherungsanstalten auf den verschiedensten sozialen Gebieten sind die sozialen Lasten an sich wesentlich gestiegen, ohne daß die Leistungen dieser Versicherungsanstalten auch nur annähernd dem entsprechen, was die Reichsversicherung zu zahlen in der Lage ist. Hier ist die Saarregierung aus politischen Gesichtspunkten heraus einen Weg gegangen, der für die Arbeiter- und Angestelltenschaft geradezu katastrophale Folgen haben mußte. In wie weit die in Frage kommenden Stellen seinerzeit in der Lage gewesen wären, die Abtrennung der Sozialversicherung zu verhindern, ist eine Frage, die hier nicht erörtert zu werden braucht, da an der Tatsache jetzt nichts mehr zu ändern ist. Immerhin kann es den zuständigen Reichs- und Landesstellen nicht gleichgültig sein, wenn eine rein deutsche Bevölkerung von rund einer halben Million Köpfen der bittersten Notlage ausgesetzt wird, weil die Saarregierung sich aus politischen Gründen zu dieser Neuregelung entschloß und die Frankeninsflation die an sich geringen Leistungen der saardeutschen Versicherungskassen weiterhin um ein Erhebliches herabdrückt. In den Kreisen der saarländischen Versicherungsnehmer sind daher schon bei den verschiedensten Gelegenheiten Anträge gestellt worden, die auf eine Wiedervereinigung der saarländischen Sozialversicherung mit der Reichsversicherung abzielen. So schwierig dieses Problem an sich erscheinen mag, läge der Wille auf seitens der Saarregierung vor, die Saargebietsbevölkerung, in diesem Falle das große Heer der Arbeitnehmer, vor jeden und materiellen und moralischen Schaden zu bewahren, dann würde sich auch der Weg hierzu finden lassen.

Eine besondere Bedeutung für die ganze wirtschaftliche Entwicklung des Saargebiets ist die der Ausbeutung der Saargruben durch Frankreich. Von seiten der deutschen Bergleute und der deutschen Grubenbeamten sieht man mit Besorgnis den Abbaumethoden der französischen Grubenleitungen zu, die zu einem völlig wirtschaftlichen wie technischen Zusammenbruch führen müssen. Vor dem Kriege wurde unter preussischer und bayerischer Leitung die Ausbeutung von dem Gesichtspunkt aus vorgenommen, das Kohlenvorkommen in den in Abbau befindlichen Feldern auch restlos auszubeuten, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um starke oder schwache Flöze handelt. Grundgedanke war, von dem wertvollen Kohlenvorkommen nichts verloren gehen zu lassen. Wenn dadurch an sich auch nicht eine so hohe Rentabilität erzielt wurde, als wenn nur die starken Flöze abgebaut werden würden, so wurde mit dieser Methode jedoch erreicht, daß tatsächlich ein restloser Abbau der betreffenden Kohlenfelder vorgenommen wurde. Die französische Grubenverwaltung dagegen läßt die weniger ergiebigen Flöze liegen und beutet nur die starken aus. Sie konnte damit vorübergehend zwar eine hohe Förderungszyiffer und eine günstige Rentabilitätsstatistik aufmachen, vergeudet damit aber die Kohlenvorkommen der schwächeren Flöze. Die verhältnismäßig günstigen Förderergebnisse der französischen Grubenverwaltung waren auch dadurch möglich, daß ihnen die preussische und bayerische Grubenverwaltung noch für rund 5 bis 6 Jahre Vorrichtungsarbeiten hinterlassen hatte. Jetzt



muss auch von französischer Seite an solche Vorrichtungsarbeiten, die bekanntlich nicht produktiv sind, herangegangen werden. Ueber den ungenügenden und leichtfertigen Versuch der ausgebeuteten Stollen ist schon wiederholt berichtet worden. Abgesehen davon, daß dadurch mit der Zeit der ganze Grubenbetrieb gefährdet, zum mindesten schwieriger gestaltet wird, machen sich diese gesetzwidrigen Abbaumethoden auch an der Oberfläche durch zunehmende Grubenschäden bemerkbar.

So ergab die Aussprache über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse an der Saar ein zusammenfassendes, kläres Bild, was zur sachlichen Fortführung und Neubelastung der Arbeiten des Bundes der Saar-Vereine von großer Bedeutung.

## Kleine politische Umschau.

Aus dem Machtbereich Notions.

Die „Saarbrücker Landeszeitung“ teilte mit, daß der Regierungs- und Schulrat Liell, der bisher in der Schulabteilung des Dezernats für mehrere Kreisschulinspektionen sowie für das Rechnungs- und Schulbauwesen innehatte, plötzlich als Kreisschuldirektor nach Homburg in der Pfalz versetzt wurde. Es handelt sich also um eine Versetzung in ein niedrigeres Amt und somit um eine Maßregelung. Es ist jedoch bisher noch nicht bekannt geworden, welches die Gründe dieser auffallenden Maßnahme der Schulabteilung der Regierungskommission gegen Herrn Liell sind. Bisher bleibt als einzige markante Kennzeichnung der Person des Herrn Liell übrig, daß er ein tüchtiger Verwaltungsschulmann und ein aufrechter Deutscher ist. Das sind allerdings Eigenschaften, die nicht immer in der Saarregierung und auch nicht in der Schulabteilung der Saarregierung beliebt sind. Vielleicht findet sich daher hierin die Erklärung für seine Versetzung. In einem Schreiben an die „Landeszeitung“ behauptet Herr Dr. Bezgenstz allerdings, daß durch die Berufung des Herrn Liell nach Homburg dieser „ein Amt von mindestens demselben Range erhalten hat, wie das alte.“ Er bleibe in der Besoldungsgruppe XV, so daß die Versetzung ohne Disziplinarverfahren rechtlich möglich sei. Sie sei erfolgt nicht aus politischen, sondern rein dienstlichen Gründen, da „die Schulratsstelle bei der Zentralverwaltung, die Herr Liell bisher verwaltet hat, eingezogen“ wurde.

### Wie lange noch „Garnisonstruppen“?

Unter dieser Überschrift verbreitete das „Saarbrücker Abendblatt“ eine von ihm als offiziös bezeichnete britische Äußerung über das widerrechtliche Verbleiben französischer Truppen im Saargebiet, die dem Londoner Mitarbeiter des Blattes von maßgebender englischer Stelle gemacht wurde. In der Mitteilung heißt es, der neu ernannte kanadische Regierungspräsident Stephens werde gern bereit sein, nach Kräften dafür zu plädieren, daß die französischen Truppen (auf die die Regierungskommission im Ernstfalle nicht verzichten zu können behauptet, v. R.) überhaupt ausgeschaltet und in vollem Umfange durch die Gendarmerie ersetzt würden. Das sei auch der Standpunkt des Völkerbundes und von diesem sei unter Zustimmung Frankreichs noch einmal im Prinzip entschieden worden, daß das Saargebiet baldigst völlig von Truppen geräumt werde, und daß dann der vertragsmäßige Zustand eintrete. Ein weiteres Bataillon sei bereits zurückgezogen oder werde noch zurückgezogen werden. Was die Zurückziehung der noch verbleibenden Abteilungen betreffe, so seien die speziellen Termine noch nicht festgelegt. Aber dem Sinne der Beschlüsse nach werde die Zurückziehung mit tunlichster Beschleunigung erfolgen. Es stehe zu erwarten, daß in dieser Beziehung keine unnötigen oder willkürlichen Verschleppungen erfolgen. Der neue Präsident der Regierungskommission werde in dieser Beziehung gewiß sein Möglichstes tun, einem frischeren Luftzug in die Verwaltung des Saargebietes Zugang zu verschaffen.

### Gegen die Steuerpolitik der Regierungskommission.

Die jüngsten Steuerverordnungen der Regierungskommission haben eine lebhafteste Protestbewegung unter den Handel- und Gewerbetreibenden des Saargebietes hervorgerufen. Das Brauergewerbe, der Gastwirtsverband des Saargebietes, der Verein der Wein- und Spirituosen-Interessenten legten gegen die Steuerpolitik der Saarregierung allerhöchsten Protest ein. Die beabsichtigte Biersteuererhöhung wird als unbegründet und nicht tragbar erklärt. Aus einer Entschließung des Gastwirtsverbandes geht hervor, daß die Regierungskommission durch die erhöhten Sätze für Bier, Branntwein und Tabakerzeugnisse mit einer Mehreinnahme von ungefähr 20 Millionen Franken rechnet. Der Gastwirtsverband erblickt in der Durchführung dieser geplanten Steuererhöhungen schwerste Existenzgefährdung, wenn nicht vollständigen Ruin weiter Kreise des Gewerbes. Der Verein der Wein- und Spirituosen-Interessenten erklärte, daß der neue Steuerkurs der Regierungskommission die fundamentalsten Grundlagen des Gewerbes erschüttert, in das sie durch die beabsichtigte Steuertarifreform eine ungeheuerliche Beunruhigung herbeigeführt hat, daß die Aussicht für eine Weiterentwicklung erfolglos sei.

Gegenüber diesen Steuerplänen, die sich gegen Handel und Gewerbe der eingeseffenen Bevölkerung des Saargebietes richten, verdient hervorgehoben zu werden, daß durch das bekannte Steuerabkommen zwischen Saarregierung und französischer Regierung der größte Unternehmer des Saargebietes, der französische Grubenfiskus, geradezu steuerfrei bleibt. An eine Erhöhung der Kohlensteuer ist jedenfalls nicht gedacht worden.

## Kleine Tageschronik.

Dr. Edener im Saargebiet.

Der bekannte Zeppelinführer Dr. Edener sprach am 27. und 28. März in Saarlouis und Saarbrücken über die Fortführung des deutschen Zeppelinbaues. Dr. Edener wurde sowohl in Saarlouis wie in Saarbrücken ein geradezu überwältigender Empfang bereitet. In Saarlouis gestaltete sich der Edener-Tag zu einem Volkstag in des Wortes wahrster Bedeutung. Die ganze Stadt trug reichsten Farbenschmuck. Mittags fand auf dem Rathaus ein Empfang statt. Ein Sängerkor von 180 Sängern entbot ihm auf dem Marktplatz das erste Willkommen und die Volksmenge jubelte ihm begeistert zu. In dem historischen Gobelinssaal des Rathauses wurde Dr. Edener durch Bürgermeister Dr. Loh als Gast der Stadt Saarlouis begrüßt. Der Bürgermeister überreichte ihm dann ein Album der Stadt Saarlouis mit einem Beitrag für das Werk des Zeppelinbaues. Hierauf trug sich der Gast als erster in das Goldene Buch der Stadt Saarlouis ein. In der Festversammlung am Abend im Saalbau begrüßte den Vertreter des Zeppelinbaues eine tausendköpfige, begeisterte Menge mit nicht endenwollenden Hochrufen. Seine Ausführungen wurden zum Teil mit stürmischem Beifall und immer wiederkehrenden Huldigungen für Dr. Edener aufgenommen.

Am 28. März sprach Dr. Edener in Saarbrücken, wo die Begrüßung gleich herzlich war. Er wurde vom Oberbürgermeister der Stadt, Dr. Reifes, begrüßt. Wohl selten ist in Saarbrücken ein Mann mit so stürmischem Beifall aufgenommen worden, wie Dr. Edener. Spontan stimmte die Menge nach Ende des Vortrages Dr. Edeners das Deutschlandlied an. Gelegentlich eines anschließenden Bierabends im „Ratskeller“ leerte Dr. Edener als Sohn der deutschen Grenzmark im Norden sein Glas auf das Wohl des „Saargebietes in einem glücklichen, kraftvollen deutschen Reiche“.

★

Saarbrücken. In der Mitgliederversammlung des Historischen Vereins für die Saargegend hielt Fräulein Studienprofessorin Red einen Vortrag über die Oberflächengestaltung der Saargegend und ihren Einfluß auf die Besiedlung des Landes. Sie wies darauf hin, daß während der Muschelkalk fruchtbaren Acker bildet, der Buntsandstein reiche Kohlenlager einschließt und die Waldbildung begünstigt. Die ausgedehnten Wälder unseres Landes regten nicht zu früher Besiedlung an; erst aus der jüngeren Steinzeit sind uns in Steinbeilen und Feuersteinmessern Spuren menschlicher Tätigkeit erhalten. Die Bodenfunde werden zahlreicher in der Bronzezeit; als die Träger dieser Kultur sind keltische Stämme anzusehen, die der von der griechischen Pflanzstadt Massilia (Marseille) und von Italien eindringenden Mittelmeerkultur sich zugänglich erwiesen, aber auch der politischen und militärischen Macht Roms erlagen. Die Römer haben den Bergbau auf Kupfer- und Eisenerze eingeführt und die Eisenindustrie angebahnt die dem Saarbrücker Lande seinen besonderen Charakter gibt. Von dem früheren Leiter des Instituts für geschichtliche Landeskunde in Bonn, Professor Dr. Aubin, war die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für arbeitswissenschaftliche Landeskunde angeregt worden. Ihre Tätigkeit soll nicht nur die politische Geschichte, sondern Kulturgeschichte, Geographie und Volkskunde umfassen. Dieser Anregung folgend sollen Arbeitsgemeinschaften sowohl innerhalb des Verein als auch in Verbindung mit Nachbarvereinen ins Leben gerufen werden. — Die Deutsche Lichtbild- und Filmgemeinschaft an der Saar hielt am 20. März unter dem Vorsitz des Stadtschulrat Bongard ihre Hauptversammlung ab. Hauptziel der Gemeinschaft ist es, mit dem Mitteln des Lichtbildes und des Films deutsche Volksbildung zu fördern. Aus der Rückschau auf das Arbeitsjahr 1925 läßt sich zusammenfassend hervorheben: Es war ein Jahr voll Mühe und Arbeit, die nicht vergebens geleistet wurde, denn das schnelle Ansteigen der Mitgliederzahl, die stetig wachsende Inanspruchnahme beim Verleih, der starke Besuch der Veranstaltungen im Stadt, Saalbau bedeuten einen großen Erfolg für die Deutsche Lichtbild- und Filmgemeinschaft an der Saar. Die Gemeinschaft ist bemüht, eine Reihe guter deutscher Filme für das Saargebiet zu erlangen, ferner Kreislichtbildstellen zu gründen, und im übrigen mit ihrem guten Filmmaterial den Kampf gegen Schund und Schmutz aufzunehmen.



**Brebach.** Auf dem Nachhausewege wurde ein junger Mann von hier von einem Fremden aufgefordert, mit ihm noch eine Autotour zu machen. Als der Brebacher dies ablehnte, versuchte der Fremde den Mann gegen eine Mauer zu drücken. Durch Hilferufe des jungen Mannes wurden Anwohner auf den Vorfall aufmerksam, so daß der Fremde ein Auto bestieg und verschwand. Man mutmaßt, daß es sich hierbei wieder um einen Werber für die französische Fremdenlegion gehandelt hat.

**Neunkirchen.** In dem großen seinerzeit der französischen Militär-Verwaltung überlassenen Gendarmeriegebäude in der Wellesweiler Straße stehen schon seit Monaten drei Wohnungen leer, die für den Wohnungsmarkt nicht in Benutzung genommen werden können, weil die französische Militär-Verwaltung nicht die Genehmigung hierzu gibt. Jetzt sollen am 1. April dieses Gebäudes sowie auch andere der französischen Militär-Verwaltung mietweise überlassene Wohnungen gekündigt werden. Da die Kündigungsfrist erst am 1. Oktober abläuft, werden wahrscheinlich diese Wohnräume bis zu dieser Zeit unbenutzt stehen bleiben. Obwohl Herr Rault seinerzeit selbst als „kommandierender General der Saartruppen“ zeichnete, nimmt er keinen Anlaß, diesen unhaltbaren Zustand zu beseitigen, der dadurch geschaffen wurde, daß die Saarregierung der französischen Besatzung das „Recht“ einräumte, selbstherrlich Wohnungen zu beschlagnahmen.

**Bous.** Das Anwesen des pensionierten Bergmanns Peter Gler in der Bieweller Straße ging zum Preise von 30 000 Franken in den Besitz der Witwe Mendgen aus Döhlen über.

**Beaumarais.** In dem früheren Traindepot wurden 18 Wohnungen eingerichtet, wodurch die Wohnungsnot in dem Dörfchen mit einem Schlage beseitigt ist. Beaumarais darf sich rühmen, der erste Ort im Saargebiet zu sein, der kein Wohnungselend mehr kennt.

**Merzig.** Der Arbeiter Martin Schneider aus Brotdorf wurde beim Ueberschreiten der Kleinbahngleise vom Zuge erfasst und auf der Stelle getötet. Der Verunglückte hatte in der Dunkelheit des Morgens das Herannahen des Zuges nicht bemerkt. Er stand im 26. Lebensjahre. — Oberpostsekretär Hilt, der sich erst vor etwa einem Jahre zur Ruhe setzte, ist unerwartet einem Schlaganfall erlegen.

**St. Ingbert.** Bei der Versteigerung des Eigentums des Holzhändlers Johann Dahlem wurde das Wohnhaus mit Lagerplatz um den Gesamtpreis von 102 000 Franken versteigert. Das letzte Angebot wurde von Rechtsanwalt Bergmann in St. Ingbert abgegeben. Wie verlautet, soll der ganze Komplex einer Bank zugeschlagen worden sein. — Auf dem hiesigen Eisenwerk (Habr) haben auf der Abteilung Drahtzug 40 Mann ihre Kündigung erhalten. Man bringt diese Kündigung mit den ungünstiger gewordenen Absatzverhältnissen in Verbindung.

**Homburg.** Die Gewerbliche Berufsschule feierte am 20. und 21. März ihr 20 jähriges Bestehen. Dir. Pfersdorf gab einen Ueberblick über den Werdegang der Schule, über Hemmungen und Erfolge und nicht zuletzt über die große Bedeutung der Berufsschule. Die Worte des Landrats Niedhammer waren ebenfalls getragen von großem Wohlwollen für die Aufgaben der Anstalt. Die Ausstellung bot dem Besucher ein recht anschauliches Zeugnis von den Leistungen und dem Fleiße der Schüler und Schülerinnen.

**Mittelbergbach.** Das Wohnhaus der Geschwister Johann gegenüber der katholischen Kirche ist käuflich in den Besitz des Möbelhändlers Paulus übergegangen.

**Niederbergbach.** Auf einem Schulpaziergang wurde die 10 Jahre alte Tochter des Bergmanns Jacob Fell von einem plötzlichen Unwohlsein befallen, so daß sie zusammenbrach und auf der Stelle starb.

**Blieskastel.** Bei der Bürgermeisterwahl entfielen von 25 abgegebenen Stimmen 24 auf den Bürgermeister Oberhausen, der damit endgültig zum Stadtoberhaupt gewählt wurde.

### Personalnachrichten.

**Aus der Schulverwaltung.** Oberlehrer Kraus ist endgültig zum Rektor des evangelischen Schulsystems in Neunkirchen ernannt worden. — Oberlehrer Triet tritt am 1. April nach 40jähriger Tätigkeit an der Neunkirchner Volksschule in den Ruhestand.

**Kirchliche Personalien.** Es wurde ernannt Pfarrer Josef Ferrer in Wolfersweiler zum Pfarrer von Theley. Es wurde übertragen die Verwaltung von Wolfersweiler Pfarrer Franz Müller von Freisen, von Hienburg dem Pfarrer Nikolaus

Johald in Sain, von Herz Jesu in Neunkirchen dem Kaplan Johann Degen in Neunkirchen. Anweisung erhielt Kaplan Nikolaus Zerwas in Bins als Kaplan zu Merxweiler.

Ihre goldene Hochzeit feierten die Eheleute Jacob Bonaventura und Katharina geb. Höchst in Brebach.

**Todesfälle.** Saarbrücken: Friedrich Wagner, 82 Jahre; Bezirkschornsteinfegermeister Friedr. Weismüller, 51½ Jahre; Jakob Pfeiffer, 41½ Jahre; Christian Müller, 75 Jahre; Peter Wirth, 72½ Jahre; Zahnarzt Dr. Felix Meyer, 74 Jahre; Jacob Färber, 44 Jahre; Karl Linn, 61 Jahre; Frau Margarete Hahn geb. Schultnecht, 52½ Jahre; Jul. Bahl geb. Paula Nagel, 37 Jahre; Frau Elisabeth Hartz geb. Krebs, 25 Jahre; Frau Katharina Krause, geb. Ortmann, 77 Jahre; Frau Rosa Pehold geb. Hach, 37 Jahre; Frau Wwe. Katharina Müller geb. Heinrich, 70 Jahre; Frau Katharina Jenner geb. Abel, 44 Jahre; Frau Katharina Lomae, 82 Jahre; Frau Wwe. Elise Dorothea Müller geb. Fröhlich, 67 Jahre; Frau Barbara Michel geb. Müller, 63 Jahre; Ernst Zentler, 27 Jahre; Frau Babette Holz geb. Follset, 52 Jahre; Joseph Ganser; Frau Witwe Marg. Puttlich, 82 Jahre; Frau Heinrich Pfeiffer Luise geb. Großart, 64 Jahre; Jakob Spaniol, 47 Jahre; Johann Maurer; Frau Elise Mandt geb. Stöckhaus, 41½ Jahre; Johann Bapt. Schmitt, 63 Jahre; Johann Reis, 29 Jahre; Frau Anna Krebs geb. Odermatt, 40 Jahre; Heinrich Ferdinand, 39 Jahre. — **Scheidt:** Otto Heitrich, 19 Jahre; Frau Christian Mohr Anna, geb. Kausch, 51 Jahre. — **Fechingen:** Frau Sophie Lomae geb. Quark, 48 Jahre; Frau Maria Riederer geb. Diener, 77 Jahre. — **Güdingen:** Hüttenangestellter Emil Diener, 32 Jahre; Frau Elisabeth Bidel geb. Schwindt, 39 Jahre. — **Loufenthal:** Elfriede Keller, 19 Jahre; Hauptlehrer a. D. Max Müller, 90 Jahre. — **Gersweiler:** Frau Sophie Reppert geb. Reppert, 81½ Jahre. — **Heusweiler:** Buchbindermeister Wilhelm Lang, 74 Jahre; Jakob Schmidt, 81 Jahre. — **Hilfshach:** Staatl. Bauwerkmeister Friedrich Unger, 61 Jahre. — **Dudweiler:** Frau Aug. Neufang Sophie geb. Pih, 57½ Jahre. — **Eulzbach:** Fräulein Auguste Adam, 69 Jahre. — **Altenwald:** Rektor Friedrich Echter nach, 65 Jahre; Philipp Heinrich Högel. — **Heiligenwald:** Frau Witwe Lina Pontius geb. Schlöder, 65 Jahre. — **Hilfshach:** Wilhelm Zeiger, 57 Jahre. — **Widhof:** Frau Witwe Steiger Joh. Bauh Pauline geb. Pilger. — **Neunkirchen:** Philipp Pabst, 68 Jahre; Frau Wwe. Daniel Zinsmeister Charlotte geb. Braun, 77 Jahre; Frau Jacob Emich Wilhelm geb. Schunt, 64 Jahre; Frau Karoline Lang geb. Ridel, 69 Jahre; Otto Dippe Malermeister Wilhelm Groß, 64 Jahre; Fräulein Maria Grimm, 22 Jahre; Frau Auguste Blatter geb. Lämmert, 74 Jahre; Frau Julius Albert Katharina geb. Edel, 52 Jahre. — **Wieselskirchen:** Schmiedemeister Jakob Junk, 62 Jahre. — **Ottweiler:** Frau Friedrich Klein Karoline geb. Volz, 72 Jahre. — **Wemmelweiler:** Frau Wwe. Gustav Lange Sophie geb. Zierogel, 81 Jahre. — **Wellesweiler:** Friedrich Hoppstädter, 66 Jahre. — **Tholey:** Frau Anna Schneberger, 50 Jahre. — **Emmersweiler:** Oberpostschaffner Johann Kölsch, 57 Jahre. — **Fremersdorf:** Servatius Jenner. — **Alförmweiler:** Johann Poncelet Schwarz, 59 Jahre. — **Fraulantern:** Peter Reis, Ehemann von Maria Müller, 35 Jahre; Katharina Haas Thimmel, 23 Jahre. — **Saarlouis:** Friedrich Katgely, Ehemann von Maria Wandernot, 62 Jahre. — **Metlach:** Joh. Bapt. Hoffmann, 73 Jahre. — **St. Ingbert:** Frau Anna Keller geb. Muzhas, 74 Jahre; Bäckermeister Karl Redel, 63 Jahre; Frau Katharina Brenzel geb. Lindinger, 56 Jahre. — **Homburg:** Karl Rupp, 42 Jahre.

### Vom Saargrubenbau.

**Opfer französischen Raubbaues.** Auf der Grube Reden wurde der verheiratete Bergmann Jacob Frey aus Reden durch niedergehendes Gestein so schwer verletzt, daß er nach kurzer Zeit verstarb. — Auf Grube Altenwald verunglückte der Ankerwälder Heinrich Bände aus Dudweiler tödlich, da er der Hochspannungsleitung zu nahe kam. Er war verheiratet, 58 Jahre alt, und hinterläßt eine Witwe mit elf zum Teil unterforderten Kindern. Als die Frau im Lazarett den bereits eingetretenen Tod ihres Mannes erfuhr, brach sie von einem Herzschlag getroffen ebenfalls tot zusammen. — Auf der Grube Maybach wurde dem 25 Jahre alten Bergmann Josef Bügler aus Uchtelfangen durch niedergehendes Gestein das Genick gebrochen, so daß er auf der Stelle tot war. Ein vierter Todesfall innerhalb von drei Tagen ereignete sich auf der Grube Göttelborn, wo der Bergmann Berwanger aus Quierschied dem französischen Raubbau zum Opfer fiel. — Der Fahrhauer Jakob Lehmann aus Wellesweiler wurde auf Grube Wellesweiler durch niedergehendes Gestein so schwer getroffen, daß der Tod alsbald eintrat. Lehmann war kinderlos verheiratet. — Auf Grube Reden verunglückte der ledige Bergmann Edmund Zimmer aus



**Wielbelskirchen** so schwer, daß er seinen Verletzungen später erlag. — Der Hauer **Trieb** aus **Lunzweiler** erlitt auf Grube **Frankenholz** durch zu Bruchgehen der Kohlenarbeit den Tod. — Das sind sieben Todesopfer innerhalb weniger Tage — eine Folge der leichtsinnigen französischen Abbaumethoden.

**Abteufung eines Schachtes.** Der Schacht der Grube **Ihenpitz** wurde jetzt bis zur fünften Tiefbaufohle abgeteuft. Der Schacht ist als Förderer vorsehen und wird seiner Bestimmung übergeben werden, sobald die in der fünften Tiefbaufohle liegenden **Jettkohlenflöze** erschlossen sind.

**Neue Grubenanlage bei Schiffweiler.** In unmittelbarer Nähe von **Schiffweiler** wird eine neue Grubenanlage geschaffen, die den Namen **St. Urin** führen soll. Nach bergbaulichen Messungen beträgt der Kohlenbestand bis zu einer Tiefe von 1000 Metern im **Schiffweiler** Bann rund 570 Millionen Tonnen. Verschiedene Kohlenflöze auf dem **Schiffweiler** Bau haben eine Mächtigkeit von vier Metern, übertreffen also das bekannte **Flöz Blücher** der Grube **Welsen**.

**Zunehmende Grubenschäden.** Auch in **Friedrichsthal** machen sich unliebsame Grubenschäden bemerkbar. Besonders die Straßen in der Nähe des **Kolonieschachtes** sind in schwere Mitleidenschaft gezogen. Mit den Ausbesserungsarbeiten hat man bereits begonnen. Ferner wird aus **Steinertsberg** bei **Lummerschied** gemeldet, daß, nachdem schon wiederholt infolge Grubensenkungen Häuser zu Bruch gegangen sind, jetzt wieder mehrere Häuser baufällig werden. In einem Hause der **Provinzialstraße** stürzte nachts an einem Hause die ganze Hinterfront und ein Teil des Giebels ein. Auch das nebenliegende Anwesen wurde in Mitleidenschaft gezogen. Die Grubenverwaltung wurde zwar benachrichtigt, hat aber bisher noch nichts zur Abhilfe unternommen.

## Soziales.

### Die Notlage der Sozialrentner in den Grenzgebieten.

Die im **Gewerkverein christlicher Bergarbeiter** organisierten Invaliden aus der Gegend **Schönenberg** befaßten sich in einer Tagung mit der Not der **Frankenempfänger** in den Grenzgebieten des Saargebiets. In einer Entschließung wird darauf hingewiesen, daß infolge der **Frankeninflation** die Invalidenpension der Bergarbeiter mit 30jähriger Mitgliedschaft in den **Pensionskassen** auf 27 Mark monatlich gesunken ist. Mit diesem Betrag muß nicht selten der Unterhalt von drei und mehr Personen bestritten werden. Aus Mangel an finanziellen Gründen wurden Unterstützungsanträge von der **Fürsorge** abgewiesen. Auch die Gemeinden verfügten nicht über entsprechende Mittel, so daß viele Familien infolge der Entbehrungen der letzten Monate an den Rand des Verberbens gebracht worden seien.

Die Versammlung verlangte, daß die vom **Reichsnappschafftsverein** zur Verfügung gestellten Beträge durch die Organe des **Saar-Knappschafftsvereins** sofort zur Auszahlung kommen. Weiter muß auf eine Erhöhung der Pensionen bestanden werden. Die geringe Erhöhung der letzten Reform vermochte nicht die eingetretene Entwertung des **Franken** auszugleichen. Verwaltungsbehörden und Regierungstellen des Deutschen Reiches sind anzugehen, durch Gewähren eines laufenden Zuschusses zur **Knappschafftskassen** unserer Familien den Lebensunterhalt zu ermöglichen. Die schnelle Linderung der vorhandenen Not macht es den Regierungstellen zur Pflicht, den **Fürsorgeämtern** erhöhte Mittel für besagte Unterstützungszwecke anzuweisen.

Die Versammlung hofft, daß die **Bergwerksdirektion** des Saargebietes und die deutsche Reichsregierung sich der trostlosen Lage der Invaliden annimmt und ihnen die dringend notwendige Hilfe nicht versagt.

### Die Rechtslage des Wohlfahrtswesens im Saargebiet.

Im Rahmen einer größeren Tagung der vor Jahren geschaffenen **Wohlfahrtsorganisation der christlichen Arbeiterschaft** für das Saargebiet hielt **Stadtammann Schreiber-Saarbrücken** einen Vortrag über „die rechtliche Lage des Wohlfahrtswesens im Saargebiet“. Ausgehend von dem **Unterstützungswohnstättengesetz** vom 6. Juni 1870, das im Reich durch die **Verordnung** über die **Fürsorgepflicht** vom 13. Februar 1924, durch welche die **Wohlfahrtsgesetzgebung** im Reich ihren vorläufigen Abschluß gefunden hat, aufgehoben worden ist, im Saargebiet aber noch Gültigkeit hat, zeigte der **Redner** die einzelnen Etappen der **Wohlfahrtsgesetzgebung** im Saargebiet. An Hand der **Verordnung** der Regierungskommission vom 14. Mai 1925, durch welche die **Wohlfahrtspflege** im Saargebiet einheitlich geregelt ist, besprach der **Redner** die **Verordnung** der Regierungskommission über die einzelnen Zweige der **Wohlfahrtspflege** und ihre Auswirkungen. Hierbei stellte er fest, daß die **Gesundheitsfürsorge** im Saargebiet gut geregelt sei, daß aber einzelne Zweige der **Fürsorge**, besonders die der **Sozialrentner**, gänzlich unzureichend sei und dringend einer Reform bedürfe. Der **Redner** ging dann auf das **Reichsjugendwohlfahrtsgesetz** vom

9. Juli 1922 und das **Jugendgerichtsgesetz** vom 16. Februar 1926 näher ein. In äußerst interessanter Weise legte er die Entstehungsgeschichte dieser Gesetze dar und besprach die Hauptgesichtspunkte dieser für die **Jugendfürsorge** so bedeutsamen Bestimmungen. Er betonte, daß diese Gesetze im **Saargebiet** bisher nicht zur Einführung gelangt wären, daß aber ein Entwurf über **Jugendwohlfahrt** der Regierungskommission vorliege, der in nächster Zeit den **Landesrat** beschäftigen werde. Der **Vortragende** kritisierte den Entwurf scharf, da er in den wichtigen Punkten erheblich von dem **Reichsgesetz** abweiche und die **Jugendfürsorge** der **Armenfürsorge** überantwortete, wodurch eine **Jugendfürsorge** im Sinne des **Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes** ausgeschlossen sei. Er bat die anwesenden **Landesratsmitglieder**, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß der Entwurf in seiner jetzigen Form nicht Gesetz würde. Mit der Feststellung, daß es in der **Wohlfahrtspflege** nicht auf die einzelnen Paragraphen der Gesetze ankomme, sondern auf den Geist, von welchem die ausführenden Organe beseelt sind, schloß der **Redner** seine interessanten Ausführungen, die mit großem Beifall aufgenommen wurden.

## Aus dem Saarwirtschaftsleben.

**Verlängerung der Zollstundungen.** Der **Reichsfinanzminister** hat die **Zollstundungen** für saarländische Firmen unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs noch einen weiteren Monat verlängert, so daß sich diese **Zollstundungen** auf insgesamt 10 Monate belaufen.

## Verkehr.

Mit dem 1. April treten auf den **Eisenbahnen** des Saargebiets neue Fahrpreise in Kraft, die um etwa 15 Prozent höher als die bisherigen liegen. Gegen diese Erhöhung hat der **Betriebsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes** Einspruch erhoben mit dem Hinweis darauf, daß 1. die **Fahrtarten** des gewöhnlichen Verkehrs um rund 15 Prozent, 2. die **Monatskarten** um rund 38 Prozent, 3. die **Schülermonatskarten** um rund 38 Prozent, 4. die **Arbeitermonatskarten** um rund 65 Prozent, 5. die **Arbeiterwochenkarten** um rund 55 Prozent und 6. die **Arbeiterrückfahrkarten** um rund 55 Prozent erhöht worden sind. Diese Maßnahme, so heißt es in diesem Protest an die **Eisenbahndirektion**, die besonders für die **schlechtentlohnenden** und außerhalb des Saargebiets wohnenden **Berg-, Bau- und Metallarbeiter** eine unerschwingliche Mehrbelastung darstellt, dürfte geeignet sein, die folgenschwersten Unruhen in unser Wirtschaftsleben hineinzutragen. In dem Protest wird weiter auf das Vorgehen der **Reichsregierung** hingewiesen, die die fürchtbare Notlage der **Arbeiterschaft** dadurch anerkennt, daß sie beabsichtigt, den sogenannten „**Saargängern**“ freie **Eisenbahnfahrt** zu gewähren bzw. das **Fahrtgeld** zu ersehen.

## Vom „Bund der Saar-Vereine“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

### Saarkundgebung in Köln a. Rh.

Schon während der **Besatzungszeit** ist vor Jahresfrist in **Köln a. Rhein** unter Beteiligung weiterer Kreise die **Ortsgruppe Köln a. Rhein** des **Bundes der Saarvereine** gegründet worden. Über ein Jahr hat die **Ortsgruppe Köln a. Rh.** an ihrem Aufbau erfolgreich gearbeitet und immer mehr Mitglieder angesammelt. Nachdem die 1. Zone, und damit **Köln und Bonn** geräumt worden und die Bestimmungen der **Rheinlandkommission** für das **Köln und Bonner Gebiet** endgültig gefallen sind, ist als erstgegründete **Ortsgruppe im Rheinland** die **Ortsgruppe Köln** endlich in der Lage gewesen, mit einer größeren **Saarkundgebung** an die Öffentlichkeit zu treten, um auf die Not des Saargebiets in den letzten Jahren hinzuweisen, um **Aufklärung** zu geben über den schweren Kampf, den das treudeutsche Saarvolk um die **Deutscherhaltung** seiner deutschen Art und seines deutschen Bodens führt, und um das allgemeine Interesse an dem schönen industriereichen Land an der Saar wahrzunehmen und rege zu erhalten. Am Freitag, 12. März, fand die erste große **Saarkundgebung** im befreiten **Rheinland** in **Köln a. Rhein** im **Rudolfssaal** unter überaus starker Beteiligung statt. Als erster **Redner** des Abends sprach **Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin** über das Thema „Das Saargebiet unter der Fremdherrschaft“. Nach Schilderung der geschichtlichen Vergangenheit, der großen wirtschaftlichen Bedeutung und der in echt vaterländischem Geiste vorbildlich seinem Mutterlande die Treue haltenden ferndeutschen Bevölkerung des Saargebiets, warf er einen Rückblick auf die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge im Saar-



gebiet während der fast siebenjährigen Abtrennung von seinem Mutterlande und seiner fast sechsjährigen Verwaltung durch den Treuhänder des Völkerbundes, die sogenannte Saarregierungs-kommission. Mit der Saarlüge von den 150 000 Saarfranzosen beginnend, unterwarf er die übrigen vertragswidrigen Verwaltungsmethoden der Saarregierung einer scharfen Kritik, indem er unter dem Hinweis auf die zahlreichen Denkschriften der Landesratsfraktionen die bisherigen Mißbräuche und Mißstände in der Verwaltung des Saargebiets durch den Völkerbund kennzeichnete. Der Völkerbund habe bisher niemals Anlaß genommen, die ersuchte Abhilfe zu schaffen und für durchgreifende Änderungen des nur unter französischem Einflusse stehenden Saarregimes Sorge zu tragen. Trotz bitterster Not, trotz aller Bedrückungen, trotz fortgesetzter Rechtsverletzungen habe die Saargebietsbevölkerung sieben Jahre hindurch ein Verhalten an den Tag gelegt, das dem ganzen deutschen Volke Beispiel und Muster sein könne. Der zähe Kampf des treudeutschen Saarvolkes habe unter dem Sturm berechtigter Abwehr alle Franzosierungsversuche zurückgewiesen und die Welt heute davon überzeugt, daß das Saargebiet deutsch war, ist und bleibt, deutsch die Saar immerdar. Redner ertete für seinen ruhigen und sachlichen, von heißer Heimatliebe warm durchglühten und überaus begeisternden Vortrag allseitigen stürmischen Beifall. Als zweiter Redner schilderte Herr Karus Saarbrücken, Mitglied des Landesrats in Saarbrücken, auf Grund seiner persönlichen Kenntnisse die heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Saargebiet, indem auch er die Tätigkeit des Treuhänders des Völkerbundes, der Saarregierungs-kommission einer noch viel schärferen Kritik unterzog. Den Völkerbund bezeichne man als „G. m. b. H. für Rußhandel“. In der Tat sei es unerhört, in welcher Weise die Saarregierungs-kommission arbeite. Jedenfalls sei ihre ganze Arbeit auch nicht im geringsten die eines Treuhänders, sondern unter ausgesprochen französischem Einflusse stehend sei das Endziel bis jetzt und wahrscheinlich auch noch fernerhin, mit allen Mitteln das Saargebiet Deutschland zu entreißen und Frankreich anzugliedern oder ein zweites Luxemburg daraus zu machen. Wenn die französische Annexionspolitik im Saargebiet auch elendiglich Fiasko gemacht habe und Frankreich somit politisch das Spiel an der Saar verloren habe, so dürfe man doch nicht die dem Saargebiet auch ferner drohende Gefahr unterschätzen, sondern es gelte die Augen aufzuhalten, nach wie vor wachsam zu bleiben. Dazu bedarfe es außerhalb des Saargebiets der überaus erfolgreichen Aufklärungsarbeit, die sich der Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Rahmen ihrer Mittel und der ihnen gestellten Aufgabe gewidmet hätten. Pflicht eines jeden Deutschen müsse es sein, die wackeren Volksgenossen an der Saar im Kampfe mit allen der Heimat zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen, um ihre Rückkehr zum Mutterlande zu beschleunigen. Auch die Ausführungen dieses Redners fanden größten Beifall.

#### § Die Gründung einer Ortsgruppe Bonn des Bundes der Saarvereine

kann nunmehr als gesichert angesehen werden. Am Sonntag, den 14. März 1926, hatten sich in dem bekannten Restaurant „Zum Hühnchen“ über 30 Personen, meistens Bergbeamte, die früher im Saargebiet tätig gewesen sind, eingekunden, um sich mit der Frage der Gründung einer Ortsgruppe in Bonn zu beschäftigen. Nachdem Herr Kamp die Erschienenen herzlich begrüßt und damit die Sitzung eröffnet hatte, ergriff Herr Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin das Wort, um zunächst namens des Bundes der Saarvereine allen lieben Landsleuten herzliche Grüße zu entbieten und seiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß nach der Räumung der ersten Zone unseres schönen Rheinlandes nunmehr auch außer Köln auch in Bonn am Rhein die Landsleute von der Saar sich zusammen tun wollten, um dem Bund der Saarvereine in seiner vaterländischen Aufgabe, dem treudeutschen Saarvolk in seinem schweren Kampfe um die deutsche Saarheimat zur Seite zu stehen, zu unterstützen. Redner schilderte dann eingehend die Entstehungsgeschichte der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und die Gründung des Bundes der Saarvereine und seiner zahlreichen Ortsgruppen, indem er darauf hinwies, daß die Aufgabe, die der Bund der Saarvereine sich gestellt habe, nicht etwa in der Pflege der Geselligkeit und in der Veranstaltung von Vergnügungen bestehe, sondern daß die Ortsgruppen gegründet worden seien zu ernster Arbeit zur Befreiung des ferndeutschen Saargebiets. Da letzteres von allen Teilen des deutschen Vaterlands als Abstim-mungsgebiet ganz besonders hart betroffen sei, einmal, weil es, vom Mutterlande losgerissen, einer Fremdherrschaft unterstellt sei, dann aber auch, weil dieses ferndeutsche Saarvolk erst im Jahre 1935 abstimmen dürfe, könne es nicht darauf ankommen, nur Landsleute im Bunde der Saarvereine und in seinen Ortsgruppen zu vereinigen, sondern gerade des schweren Schicksals des Saarvolkes wegen müsse das Saargebiet das Sorgenkind Alldeutschlands werden, und deshalb sollten die Mitglieder der Ortsgruppe nicht nur aus Saarländern selbst bestehen, sondern jeder Deutsche, der für die Saarfrage Interesse habe, gehöre in die Saarvereine hinein. Er kam dann

auf die vielseitigen Aufgaben des Bundes der Saarvereine zu sprechen, indem er auf die schon vor Jahresfrist gedruckten und den Ortsgruppen zugestellten Richtlinien hinwies. Er schilderte dann, wie vielseitig der Kampf um das Saargebiet sich gestaltet habe, wie zahlreich die Probleme seien, die sich aus dem Saarstatut entwickelt hätten, und wie notwendig es gewesen sei und auch in Zukunft sein werde, über diese Dinge nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande aufklärend wirken zu lassen. Dieser Aufklärungsarbeit habe sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ besonders mit seiner Halbmonats-schrift „Saar-Freund“ und zahlreichen sonstigen Aufklärungs-schriften zur Verfügung gestellt, um im Rahmen seiner Mittel und mit Unterstützung der dem Bunde der Saarvereine angeschlossenen Ortsgruppen diese Aufgabe lösen zu können. Auf ihre bisherige Arbeit könne die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, aber auch der Bund der Saarvereine befriedigt zurückblicken. Es sei eine Arbeit, die nur ein Abglanz sein könne von deutscher Treue an der Saar, vom Festhalten an deutschen Vaterlande und am deutschen Volkstum. Redner schloß mit der Versicherung, daß er die Gründung einer Ortsgruppe in Bonn deshalb ganz besonders freudig und dankbar begrüße, weil hier die Möglichkeit gegeben sei, mit Hilfe der in Bonn ansässigen zahlreichen Saarländer, aber auch sehr vielen Freunden und Bekannten des Saargebiets und mit Hilfe aller dem Bergbau Nahestehenden, der neugegründeten Ortsgruppe in kurzer Zeit zur größten Bedeutung verhelfen zu können. Nachdem mehrere Redner sich in zustimmender Weise für die Gründung der Ortsgruppe ausgesprochen hatten, wurde unter dem Vorsitz des Herrn Hantke-Bonn ein Arbeitsausschuß gewählt, welcher die weiteren Schritte unternehmen und die demnächstige Gründungs-versammlung einberufen soll. Wir rufen heute schon der jüngsten Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine ein herzliches „Glückauf“ zu.

□ Ortsgruppe Düsseldorf des Bundes der Saarvereine. Die Ortsgruppe hielt am 4. März ihre allmonatliche Mitgliederversammlung zum erstenmal in dem neuen Vereinslokal im „Düsseldorfer Hof“ ab. Erfreulicherweise war auch diese Versammlung, ebenso wie die vorhergegangenen, sehr stark besucht. Der erste Vorsitzende, Herr Dr. Kell, eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßung der Anwesenden und hielt anschließend einen Vortrag über den Verlauf der Genfer Verhandlungen, soweit sie unsere Heimat, das Saargebiet, betreffen. Herr Dr. Kell ließ seinen sehr interessanten und allgemein verständlichen Vortrag ausklingen in den von sämtlichen Anwesenden mit heller Begeisterung aufgenommenen Ruf: „Deutsch die Saar immerdar“. Hierauf sang die Versammlung das Deutschlandlied. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils wurde der Pflege der Geselligkeit weitgehendst Rechnung getragen. Fräulein Becker (Klavier) und Herr Karthäuser (Violine) erfreuten die Anwesenden in der bekannten dankenswerten Weise mit einigen sehr schönen und gut vorgetragenen Musikstücken. Auch wurden einige sehr nette und humorvolle Sachen in echt Saarbrücker Mundart vorgetragen. Liebenswürdigerweise hatte die Geschäftsleitung des „Düsseldorfer Hofes“ uns für den Abend ihre als sehr tüchtig bekannte Hauskapelle zur Verfügung gestellt, die auch unter anderem munter zum Tanze aufspielte. Alt und Jung drehte sich in fröhlichen Kreise nach den Klängen alter schöner Walzermelodien; auch die Anhänger der neueren Tänze kamen zu ihrem Recht. So verlief der Abend in fröhlicher und harmonischer Weise und noch die spätesten Abendstunden fanden das Völkchen von der Saar in friedlich heiterer Stimmung beisammen.

Wir machen die Mitglieder und Freunde unserer Sache darauf aufmerksam, daß mit Rücksicht auf die Osterfeiertage die nächste Versammlung der Ortsgruppe Düsseldorf des Bundes der Saarvereine erst am 8. April, abends 8 Uhr, in unserem Vereinslokal „Düsseldorfer Hof“ (früher Hindenburg), Ecke Ost- und Graf Adolf-Strasse stattfindet. Es würde freudigst begrüßt, wenn auch diese Versammlung eine derartige rege Beteiligung zu verzeichnen hätte, wie die vorausgegangene.

§ Der Bund der Saarvereine, Ortsgruppe Duisburg, hielt am 14. März d. J. seine Monatsversammlung ab. Mit einer herzlichen Begrüßung durch den ersten Vorsitzenden, Herrn Kreis jr., wurde die Versammlung um 5.30 Uhr eröffnet und die für diesen Tag sehr kurz gefasste Tagesordnung erledigt. Es wurde beschlossen, wenn möglich im Monat Mai d. J. eine öffentliche Kundgebung mit Lichtbildervortrag abzuhalten. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles ging man zur Unterhaltung über. Musikaufführungen und Gesangsvorträge wechselten sich gegenseitig ab und so trennte man sich am späten Abend in dem Bewußtsein, einen wirklich gemüthlichen Abend verlebt zu haben.

Die Ortsgruppe Dortmund des Bundes der Saarvereine hielt am 14. März 1926 im Restaurant Berghoff, Dortmund, Körner-platz, eine stark besuchte Mitgliederversammlung ab. An Stelle des verhinderten ersten Vorsitzenden eröffnete Herr Ost die Versammlung um 5.45 Uhr. Er erinnerte daran, daß zurzeit eine für



das Saargebiet wichtige Handlung bevorstehe, da beim Völkerverbund in Genf ein neuer Vorsitzender für die Saarregierungs-Kommission ernannt werden müsse. Besonders erfreulich sei dabei, daß hauptsächlich durch die Propaganda des Saarvereins erreicht sei, daß der Franzose Rault nicht mehr in Frage komme. Herr Walter verliest hierauf die Niederschrift über die Versammlung vom 1. Februar 1926, die genehmigt wird. Die in der letzten Sitzung von Herrn Ost angeregte, aber verschobene Satzungsänderung wird nach Vorlesung des Wortlautes, nachdem Herr Dr. med. Schmidt noch die Frage der Mitgliedschaft der Frauen geklärt hat, wie folgt genehmigt: Mitglieder, die sich um den „Saar-Verein“, Ortsgruppe Dortmund oder um die Saarländerbewegung verdient gemacht haben, können auf Antrag des Vorstandes oder auf Antrag von Vereinsmitgliedern zu Ehrenmitgliedern ernannt werden. Der Antrag muß vorher der Versammlung bekannt gegeben werden. Der Vorgeslagene gilt als gewählt, wenn drei Viertel der anwesenden Mitglieder ihre Stimme hierzu geben. Jedes Mitglied ist stimmfähig. Herr Ost gibt sodann ein Schreiben des Männergesangsvereins „Eintracht“ Böttingen bekannt, der demnächst eine Sangesfahrt ins Ruhrgebiet unternehmen will und dabei um finanzielle Unterstützung der hiesigen Ortsgruppe nachsucht. Wegen des ständigen Mangels an Geld in unserer Kasse soll das Schreiben an den Verbindungsmann Debusmann in Essen weitergesandt werden zur evtl. weiteren Veranlassung. Weiter macht Herr Ost Mitteilung von einem Schreiben der Geschäftsstelle Berlin über eine Schrift des Bundesvorsitzenden Andres über „Die Grundlagen des Rechtes im Saargebiet“, die zum Preise von 4.— RM erhältlich ist, und deren Anschaffung er warm empfiehlt, da der Verfasser vermutlich noch private Unkosten zu decken hat. Es folgte der Vortrag des Mitgliedes Herrn Dr. med. Schmidt über „Ernährung und Verdauung“. Mit gespannter Aufmerksamkeit lauschte alles den überaus fesselnden, einheißstündigen Ausführungen des Vortragenden, der wichtige Richtlinien über die Ernährungsweise gibt und alle Anwesenden mahnt, auf gute Verdauung zu achten. Das seien die Grundlagen zur Gesundheit. Zum Schlusse dankten die zahlreichen Zuhörer durch starken Beifall, dem der Vorsitzende, Herr Ost, in beredten Worten Ausdruck verleiht. Nach dem offiziellen Schluß der Versammlung um 8 Uhr erstreckte das Dortmunder Solo-Quartett die Anwesenden durch verschiedene herrlich vorgetragene Liedervorträge. Sehr zur Erweiterung trugen auch die Vorträge humoristischen Inhalts der zwei Töchter des Herrn Burgard bei.

□ Die Ortsgruppe Karlsruhe des Bundes der Saarvereine veranstaltete im Liedertranslokal (Alpphorn) für ihre Mitglieder und Freunde einen Saaraabend. Erfreulicherweise waren weit über 400 Personen der Einladung gefolgt, so daß der Zweck der Veranstaltung, Aufklärungsarbeit über unsere Saarheimatbilder zu leisten, durchaus erreicht wurde. Regierungsrat Dr. Meh, der die Saarlandschaft durch und durch kennt, gab in einem gedanklich formvollendeten Vortrage eine anschauliche Schilderung dieses urdeutschen Gebietes. Seit dem vorigen Jahrhundert habe sich gerade in dieser Gegend die Montanindustrie zu ungeheurer Blüte entwickelt. Was an Wohlfahrts-einrichtungen und sozialer Fürsorge geschehen konnte, sei in dem Bergrevier der Saar geschehen. Nachdem Regierungsrat Dr. Meh die geschichtlichen Zusammenhänge kurz beleuchtet hatte, schloß er seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß wir der Entscheidung im Jahre 1935 getroßt entgegenblicken können. Die Saar wird auch diesen Kampf um ihr Deutschtum bestehen; am Mutterlande aber liegt es, den deutschen Brüdern und Schwestern in diesem Gebiete helfend zur Seite zu stehen. Der Vortrag wurde mit sehr starkem Beifall aufgenommen. Die Anschaulichkeit wurde durch eine Fülle von hervorragenden Lichtbildern erweitert, so daß die Zuhörer, die das Saargebiet nur dem Namen nach kennen, zum ersten Male einen richtigen Ueberblick über die dortigen Verhältnisse erhalten haben. Anschließend folgte ein bunter Teil, in dem musikalische Darbietungen der Hauskapelle des Liederfranzes, Gesangsvorträge des Liederfranz-Doppelquartetts, Rezitationen des Studenten Zwergal und Liedervorträge von Frau Ada Kögele geboten wurden. So trug auch dieser Abend dazu bei, den landsmännlichen Zusammenschluß zu stärken.

#### Ortsgruppe Hannover.

Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, Stammtisch in der Bierstube 4 des Hotels Battermann, Ecke Heiliger und Al. Pachtstraße. Gäste stets herzlich willkommen. Der Vorstand.

#### Kleine Mitteilungen.

Der Verein ehem. 60er zu Berlin, letzter Standort des Regiments Weissenburg, Elsaß, Elsaß-Saarländer, begeht am 17. April 1926 seine diesjährige Duppelseier in Form eines „Deutschen

Abends“ im Alpendorf, Berlin N., Invalidenstraße 63 (Lehrter Bahnhof). Ihre Mitwirkung haben zugesagt die Vereinigung der ehem. Reichsländischen Truppen, Fahnenabteilungen der Duppelsturm-Regimenter und des Kriegerbundes Berlin. Die Ortsgruppe Berlin des Bundes der Saarvereine, des Hilfsbundes der Elsaß-Lothringer im Reich. Vertreter der Vereine Halle, Erfurt, Saarbrücken, Neunkirchen (Saar), Elberfeld, Barmen, Duisburg, Staßfurt u. a. haben ihr Erscheinen zugesagt. Der Verein ladet alle Freunde und Gönner zu dieser Feier ein. Nähere Auskunft, auch über Angehörige des Vereins usw., erteilt gern der Vorsitzende W. Martini, Berlin-Friedenau, Laubacherstr. 8 II.

#### Bücherbesprechung.

„Die Pfalz.“ In der Bücherreihe „Deutsche Stadt — Deutsches Land“, die der Berliner Schriftsteller Erich Köhler seit einigen Jahren herausgibt (in der Deutschen Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin W. 9), ist soeben als Band XI ein Werk über „Die Pfalz — ihre Entwicklung und ihre Zukunft“ erschienen. Damit kommt zum ersten Male in der Bücherreihe ein Stück befestetes deutsches Land zur Darstellung, und es ist klar, daß diesem Bande aus diesem Grunde erhöhte politische und kulturelle Bedeutung innewohnt. Der Herausgeber hat sich eine der besten literarischen Persönlichkeiten der Pfalz, Franz Hartmann, als Mitarbeiter gesichert, und es ist den beiden Herausgebern gemeinsam gelungen, ein schönes, statliches und wertvolles Werk zustande zu bringen. Die Herausgeber haben es verstanden, zahlreiche führende Persönlichkeiten und Fachmänner auf allen Gebieten in diesem Buche zu vereinigen. Das Geleitwort hat der langjährige Pfalzkommissar der Bayerischen Regierung, Ministerialdirektor a. D. Dr. Wappes, geschrieben. Von den geschichtlichen Aufsätzen sind die Abhandlungen des Staatsoberarchivars Dr. Pfeiffer über „Die deutsche Pfalz“, des Oberregierungsrats Ullmann über „Historische Denkmäler der Pfalz“ und des Museumsdirektors Dr. Enrater über das Pfalzmuseum in Speyer hervorzuheben. Die Pfalz als Wirtschaftsgebiet behandelt der Syndikus der Ludwigshafener Handelskammer, Dr. Rehm, die Wirtschaft der Saarpfalz wird in einem besonderen, sehr instruktiven Aufsatz von Dr. Emil Jacob dargestellt. Oberregierungsrat Dr. Krieh betont in einem Beitrag den wirtschaftlichen Sinn des Pfälzers. Die wichtigsten Industrien der Pfalz, Schuß und Metalle, werden von den mackebenden Syndici dargestellt. Einen breiten Raum nimmt selbstverständlich der Charakter der Pfalz als Weinland ein. Neher den Pfälzer Weinbau schreibt der Besitzer der berühmtesten Pfälzer Lagen, Dr. von Bassermonn-Jordan. Daneben finden sich Aufsätze über Pfälzer Wein, über die staatliche Lehranstalt für Wein- und Obstbau und über „Rheinpfälzer Weinstuben“. Die landwirtschaftliche Bedeutung der Pfalz würdigt der Syndikus der Bauernkammer, Dr. Kerneke. Das Buch legt in erhellender Weise wieder Zeugnis davon ab, daß der Herausgeber der Bücherreihe und der Verlag zielbewußt bemüht sind, diese Publikationen grundräßig aus der Masse ähnlich scheinender, aber rein kaufmännisch auf gebauter Veröffentlichungen herauszuheben und sie zu einem prägnanten und beweiskräftigen Dokument für die in den einzelnen Gebieten Deutschlands wirkenden kulturellen und wirtschaftlichen Kräfte zu gestalten.

#### Briefkasten.

Von Th. in D. 13 M. mit bestem Dank erhalten.  
Von B. in A. 75 M. mit bestem Dank erhalten.

Am Donnerstag, dem 25. März 1926, entschlief unerwartet nach kurzem Leiden unsere innigst geliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter, Frau Witwe Redakteur

## Theodor Vogel

Margarethe, geb. Ruh

im Alter von 89 Jahren.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Theodor Vogel, Verwaltungsdirektor, Berlin,

Familie Antred Ziegler, Saarbrücken,

Familie Heinrich Gansler, Saarbrücken,

Familie August Kern, Trier.

Saarbrücken I, den 25. März 1926.



Leset und verbreitet die von der Geschäftsstelle  
„Saar-Verein“ herausgegebene Halbmonatsschrift

## „Der Saar-Freund“

Der „Saar-Freund“ ist der treueste und zuverlässigste Berichterstatter über alle Geschehnisse im Saargebiet, das beste Bindeglied zwischen den schwerbedrängten Saardeutschen und dem Mutterlande und das Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“ mit allen wichtigen Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet.

Die Schriftleitung und Verwaltung liegen in den Händen von ausgewiesenen Persönlichkeiten, die als geborene Saarländer oder durch ihren mehrjährigen Aufenthalt im Saargebiet selbst die örtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des Saargebiets aus eigener Erfahrung heraus kennen und mit dem Leben der Saargebietsbevölkerung heute noch in engster Verbindung stehen.

Bestellungen auf die Halbmonatsschrift „Saar-Freund“ nimmt jede Postanstalt entgegen. Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Gpf.

Alle Zuschriften für den „Saar-Freund“ sind zu richten an:  
**Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11**  
Königgräber Straße 94.

## Das deutsche Saargebiet unter der Fremdherrschaft

von Otto Andres.

Von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11,  
Königgräber Straße 94, zum Preise von 1,— M.  
zu beziehen.

Die im vierten Jahrgang erscheinende  
illustrierte Monatszeitschrift

## Elsaß-Lothringen Heimatsstimmen

herausgegeben im Auftrage der  
Alt-Elsaß-Lothringer im Reich von  
Dr. Rob Ernst,

unterrichtet sachkundig über Elsaß-Lothringens  
Geschichte, Politik, Literatur und Wirtschaft.

Probeheft jederzeit unberechnet von  
der Vertriebsstelle.

★

Postbezug vierteljährlich . . . . . 1,80 M.  
(durch die zuständige Postanstalt)  
Streifbandbezug vierteljährlich . . . . . 2,10 M.  
Auslandsbezug halbjährlich . . . . . 5,00 M.  
(Bestellungen für Streifband- und Aus-  
landsbezug an die Vertriebsstelle.)

Schriftleitung, Vertriebsstelle, Anzeigen-Aannahme:  
Berlin W. 30, Postfach Nr. 5.

## Der Beamtenbund

Zeitschrift des Beamtenbundes des Saargebiets.

Mit der Herausgabe der Zeitschrift hat der Beamtenbund des Saargebiets einem lange gehegten Wunsche seiner Mitglieder entsprochen. Auch wir begrüßen die Herausgabe der Zeitschrift: kann man sich doch schon aus den bisher erschienenen Nummern ein Bild von der intensiven Tätigkeit des Beamtenbundes des Saargebiets machen. Wir können den Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine, besonders aber den Beamten, die früher im Saargebiet tätig waren, den Bezug der Zeitschrift nur empfehlen.

Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen.

Neu erschienen!

## „Deutsch die Saar immerdar“

Was jeder Deutsche vom Saargebiet  
und vom  
„Bund der Saar-Vereine“ wissen muß

Unter diesem Motto hat der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor Th. Vogel-Berlin, ein Merkblatt mit zahlreichen prächtigen Kupfer-  
tiefdruckbildern und einer Karte des Saargebietes herausgegeben. Diese Druckschrift kann den Lesern des „Saar-Freund“ nur aufs wärmste empfohlen werden.

Preis RM. 1,—.

Zu beziehen durch die

Geschäftsstelle „Saar-Verein“  
Berlin SW 11, Königgräber Str. 94 II.

## Vertriebene aus Elsaß-Lothringen

müssen in ihrem eigensten Interesse stets die

### „Elsaß-Lothringischen Mitteilungen“

lesen, die über alle Verdrängungs- und Liquidationsschäden berichten und auch kulturelle Fragen, elsäß-lothringische Erzählungen und Romane bringen.

Probenummern und Bestellungen zum Preise von  
**70 Pfennig monatlich**

bei der Expedition der „Elsaß-Lothringischen Mitteilungen“  
Frelburg i. B., Röderstr. 12.

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatsbilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreislifte S 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW 11, Königgräber Straße 94, Fernsprech-Anschluß: Amt Hasenheide 3243. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 665 86 oder auf Deutsche Bank, Depotkassette O, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten. — Für die Schriftleitung verantwortlich: Kurt Meurer Berlin. Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Königgräber Straße 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW 11.